Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 196. Freitag, den 23. August 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Riesenhafte Unternehmergewinne.

lv. Wenn auch die Abschlüsse sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften für das Jahr 1906 noch längst nicht alle veröffentlicht sind, so liegen doch die Rechnungsergebnisse für eine so große Zahl von Gesellschaften vor, daß man sich über die Rentabilität im Großgewerbe während des Jahres 1906 ein ziemlich zuverlässiges Bild machen kann. Die Betriebe der Aktiengesellschaften decken sich zwar keineswegs genau mit den Betrieben des Großgewerbes, aber sie gehören doch in der Mehrzahl dem Großgewerbe an. Wenn wir die Rentabilität an der Dividende messen, so geschieht dies, weil die Dividende der Teil des Reingewinns ist, der an das Eigentümerkapital abgeführt wird. Unberücksichtigt bleibt hier die Modifizierung der Dividendensumme infolge des jeweiligen Kurswertes der Aktien; wir berechnen vielmehr die Höhe der Dividende nach der Summe des Nominalkapitals. Um den Vergleich mit 1905 besser durchführen zu können, nehmen wir an, daß das Nominalkapital des Jahres 1906 auch schon im Jahre 1905 vorhanden gewesen wäre. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für 2097 Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr am 31. Dezember schließt und deren Rechnungsergebnisse für 1905 und 1906 bisher bekannt geworden sind, ein Nominalaktienkapital im Betrage von 8046,18 Millionen Mark. Auf dieses Kapital wurde im Jahre 1905 rechnerisch eine Dividendensumme in Höhe von 686,53 Millionen Mark ausgeschüttet; d. h. das Aktienkapital verzinste sich mit 8,54 Proz. Im Jahre 1906 wurde eine höhere Dividende verteilt. [illegible] trug der Preis rund 57,50 Millionen Mark. Die Dividendensumme für das Jahr 1906 stellte sich auf 744,03 Millionen Mark. Das gesamte Nominalkapital verzinste sich demnach im Jahre 1906 mit 9,24 Proz. Die Dividendenziffer steigerte sich von 1905 auf 1906 um nicht ganz ¾ Proz., genau um 0,73. Der relativ größte Teil des berücksichtigten Kapitals entfällt auf die Banken. 383 Banken mit 3281,25 Millionen Mark Aktienkapital verteilten 8,32 Proz. Dividende im Jahre 1906 gegen 8,08 im Jahre 1905. Die Steigerung nicht nur, sondern auch die absolute Höhe der Dividende bleibt also bei den Banken hinter dem Durchschnitte aller Gesellschaften erheblich zurück. Ganz anders stellen sich die Ergebnisse im Bergbau sowie bei den Hütten und gemischten Werken. Beide Gruppen haben im Jahre 1906 überaus günstig abgeschlossen. Die Hütten und gemischten Werke, 40 an der Zahl, verteilten auf ein Aktienkapital im Betrage von 575,61 Millionen Mark eine Dividende von 12,01 Prozent im Jahre 1906 gegen 10,92 im Jahre 1905. Die dem Bergbau angehörigen 82 Gesellschaften mit einem Kapitale von 348,62 Millionen Mark schütteten 1906 eine Dividende von 11,05 Proz. aus gegen eine solche von 8,68 im Jahre 1905.

Wenn auch nicht ganz so erheblich über dem Durchschnitt, so doch noch immer über ihm stellte sich die Rentabilität bei den Gesellschaften der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie. 210 Gesellschaften mit einem Kapitale im Betrage von 507,06 Millionen Mark verteilten 1905 40,57 Millionen Mark Dividende, 1906 dagegen 48,46 Millionen. Es verzinste sich also im Jahre 1905 das Nominalkapital mit 8 Proz., im Jahre 1906 dagegen mit 9,56 Proz. Auch die Textilindustrie weist im Hinblick auf frühere Jahre bessere und namentlich auch steigende Ergebnisse auf, wenn auch der Durchschnitt für 149 Gesellschaften hinter dem Gesamtdurchschnitt zurückbleibt. Die berücksichtigten 149 Gesellschaften des Textilgewerbes verfügten 1906 über ein Nominalaktienkapital in Höhe von 291,35 Millionen Mark. Auf dieses verteilten sie 1905 eine Dividende von 8,40, 1906 dagegen von 9,08 Proz. Die absolute Höhe der Dividenden entspricht also durchaus dem Charakter eines hervorragenden Aufschwungsjahres. Daß durch einen allzu hohen Kurswert diese Dividende sich für einen großen Teil der Kapitalisten wesentlich ermäßigt, ändert nichts an der Tatsache der absolut hohen Rentabilitätsziffer im Jahre 1906.

Über diese ungeheure Bereicherung der herrschenden Klassen verliert natürlich die bürgerliche Presse kein Wort. Wenn aber mal die Arbeiterschaft ein paar Pfennige Lohnerhöhung verlangt, so beginnt dieselbe Presse ein beinzerschneidendes Geschrei über die „Unersättlichkeit“ der Arbeiter, die die Rentabilität der deutschen Industrie vernichte.

Das Jahr 1906 war das erste Jahr des neuen Zolltarifs und der neuen Steuern, die den arbeitenden Massen 880 Millionen Mark abknöpften. Fast genau soviel steckten sich nach der obigen Berechnung, die wir der in diesen Dingen völlig zuverlässigen Arbeitsmarkt-Korrespondenz des Dr. Jastrow entnehmen, die besitzenden Klassen in die Tasche. Und wohlgemerkt, diese Rechnung erstreckt sich nur auf die Aktiengesellschaften. Hätte man die landwirtschaftlichen Betriebe noch hinzugerechnet, man wäre auf ganz märchenhafte Summen gekommen. Der Großgrundbesitz schwimmt seit einigen Jahren im Gelde, das Anziehen der Getreidepreise auf dem Weltmarkt, der Fleischwucher, vor allem aber die Sätze des neuen Zolltarifs haben unsern Junkern Gold in Hülle und Fülle in den Schoß geschüttet. So stiegen die Zollsätze für einen Ochsen von 25,50 auf 48 Mark, für eine Kuh oder ein Rind von 9 auf 32 Mark, für ein Schwein von 5 auf 13,50 Mark, für Jungvieh von 5 auf 20 Mk. Im selben Grade stiegen die Zölle für Getreide. Der Zoll für die Tonne Roggen stieg von 35 auf 50 Mk., Weizen von 35 auf 55 Mark, Gerste von 20 auf 40 Mark, Hafer von 20 auf 50 Mk., Mais von 16 auf 30 Mark. Wie gewaltig die Profite sind, die die Agrarier aus diesen Blutsätzen herausgewirtschaftet haben, läßt sich exakt noch gar nicht berechnen.

Aus den Zahlen der Volkswirtschaftlichen Korrespondenz läßt sich gleichzeitig ein Schluß ziehen auf die Richtigkeit der sozialdemokratischen Anschauung, daß die Klassengegensätze sich stets verschärfen. Der Abstand zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen wird immer schroffer. Nicht etwa, daß das Einkommen der Arbeiter in absoluten Zahlen sinkt, wohl aber steigt das Einkommen der besitzenden Klassen so gewaltig, daß damit verglichen allerdings die Besserung in der Lage des Proletariats verschwindet oder sich sogar in einen Rückschritt verwandelt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Riesenzuchthaus.

„Leute, schließt euch nicht der Sozialdemokratie an, denn die will einen Zuchthausstaat errichten, worin keiner nach seinem Belieben leben, keiner seine Meinung frei betätigen kann, sondern jeder der Fuchtel seiner Vorgesetzten unterworfen ist.“ — So und ähnlich klingt der Sang, womit unsere Staatserhaltenden vor der Sozialdemokratie graulich zu machen suchen. Als ob ein solcher „Zuchthausstaat“ erst errichtet werden müßte! Unzählige Male haben wir nachgewiesen, daß dieses „Riesenzuchthaus“, das dem einzelnen bei schwerer Strafe jede Freiheit verwehren möchte, heute besteht, insbesondere für die Beamten. Und fast jede Woche bringt neue Beweise dafür. Mit Stolz und Freude erzählt die „Deutsche Tageszeitung“: Ein Lehrer in Gotha, der bei der Wahl seine Stimme einem Sozialdemokraten gegeben hatte und deswegen von einer dortigen Zeitung angegriffen war, hatte diese wegen Beleidigung verklagt. Er wurde vom Gericht nicht nur abgewiesen, sondern erhielt im Urteil noch überdies folgende „kräftige Lehre“:

„Das Gericht ist der Ansicht, daß es jedem Manne ohne Amt freisteht, zu wählen, wen er will; ein Lehrer aber als Gemeinde- und indirekter Staatsbeamter macht sich einer groben Pflichtverletzung schuldig, wenn er für einen Sozialdemokraten stimmt! Er handelt aber auch sehr unklug, denn die Schule ist auf der Autorität aufgebaut; wenn er die Feinde der staatlichen Autorität unterstützt, dann sägt er den Ast ab, auf dem er sitzt!“

So, der hat's nun wieder bekommen! Er weiß nun, daß er für sein Gehalt nicht nur seine Arbeit zu leisten, sondern obendrein noch seine Gesinnung verkauft hat. Denken kann er sich ja, was er will. Wenn er aber eine Gesinnung betätigt, die seine Vorgesetzten nicht erlauben, dann begeht er eine „grobe Pflichtverletzung“. Was wird der Mann Angst haben vor dem „Zukunftsstaate“, der ihn angeblich in sklavische Abhängigkeit von seinen Vorgesetzten bringen wird! Übrigens ist das Gothaer Gericht von der richtigen staatserhaltenden Ansicht noch ziemlich weit entfernt, wenn es meint, daß ein „Mann ohne Amt“ wählen dürfe, wie er will. Eisenbahnarbeiter z. B. haben kein „Amt“ und fliegen doch aufs Pflaster, wenn sie sozialdemokratische Gesinnung merken lassen! Ein Riesenzuchthaus allerdings — aber nicht in der sozialdemokratischen Zukunft, sondern in der kapitalistischen Gegenwart.

Freisinnige Verwirrung.

Herr Justizrat Träger von der freisinnigen Volkspartei schreibt im „Berliner Tageblatt“: „Gerade hinsichtlich der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen kann und darf der Freisinn keinen Schritt zurückweichen, auch nicht das geringste Zugeständnis machen. Alles oder nichts! lautet hier die Parole, denn jedes Weniger ist nichts. Unnötig sich den Kopf über etwaige Kompensationen zu zerbrechen, dieses ist ein Punkt für sich, der aufrecht bleiben muß, sollte auch der Block daran zerschellen!“ Darauf setzt sich Bülows Freund, Herr Bachmann, eiligst hin und schreibt in der „Vossischen Zeitung“: „Es ist die Frage, ob man es bei dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht bewenden lassen oder einem Gesetz zustimmen soll, das nicht die letzte Forderung erfüllt, aber als eine wesentliche Verbesserung und als ein Schritt zum Ziel anerkannt werden muß.“ Dieser „Schritt zum Ziel“ ist das System Krause, dem allerdings eines seiner Giftzähne, das öffentliche Wahlrecht, ausgerissen werden soll. Mit der „Vossischen Zeitung“ einig ist die „Liberale Korrespondenz“; diese sieht sogar in dem System Krause „einen großen Schritt nach vorwärts“, meint aber daß auch diese Wahlreform nur gegen die Konservativen, also durch Zersprengung des Blocks, gemacht werden könne. Die Vossische aber ist in diesem Punkte wieder anderer Meinung; sie will die Wahlreform mit dem Block machen. Sie findet Unterstützung bei der nationalliberalen Nationalzeitung, die meint: „Wie die Freisinnigen eine im liberalen Sinne gehaltene Wahlreform anders als mit Hilfe des konservativ-liberalen Blocks erreichen wollen, ist ihr Geheimnis.“ Wie man aber eine liberale Reform mit Konservativen macht, ist wiederum das Geheimnis der Nationalzeitung. So streiten sich die Gelehrten, ob das trockene Wasser besser sei oder das kalte Feuer. Entweder die Wahlreform wird mit Hilfe der Konservativen gemacht, dann fällt sie so aus, daß man zum Zwecke ihrer Durchsetzung über sämtliche Städte Preußens erst dem Belagerungszustand verhängen muß, oder sie wird gegen die Konservativen gemacht, indem man mit Hilfe der Sozialdemokratie bei den nächsten preußischen Wahlen einen anständigen Landtag zusammenzubringen versucht, der die Einführung des gleichen Wahlrechts beschließt.

Die Fleischpreise halten sich noch immer auf einer Höhe, daß der notwendigste Fleischkonsum der Bevölkerung dadurch auf das schwerste beeinträchtigt wird. Nach der Statistik der Vieh- und Fleischbeschau hat sich während des zweiten Quartals des laufenden Jahres im Vergleich zum zweiten Quartale des Vorjahres nur die Zahl der Schweineschlachtungen kräftig gehoben; sonst waren mit Ausnahme der Ziegen nur Abnahmen zu konstatieren. Es wurden nämlich im zweiten Quartale — von Hausschlachtungen abgesehen — Stück Vieh geschlachtet:

	1906	1907
Ochsen	152 118	134 278
Bullen	117 348	106 983
Kühe	392 656	369 207
Jungrinder	222 341	203 918
Kälber	1 254 166	1 187 195
Schweine	2 981 188	3 711 571
Schafe	486 138	434 742
Ziegen	170 996	178 918

Die Zunahme der Schweineschlachtungen ist allerdings so erheblich, daß bei einer Berechnung der Gewichtsmenge ein Plus gegenüber dem Vorjahre entsteht. Es betrug nämlich, wenn man die üblichen Umrechnungszahlen benutzt, das Schlachtgewicht der oben aufgeführten Tiere im zweiten Quartale in Tonnen:

Rindfleisch	225 828	207 331
Kalbfleisch	50 167	47 488
Schweinefleisch	238 551	296 926
Hammelfleisch	10 695	9 564
Ziegenfleisch	2 565	2 684
	527 806	563 993

Um den Fleischverbrauch abzüglich der Hausschlachtungen zu ermitteln, muß zu der festgestellten Menge auch die Mehreinfuhr von Fleisch hinzugezählt werden. Diese stellte sich aber im zweiten Quartale in Tonnen wie folgt:

	1906	1907
Rind- und Kalbfleisch	3994	3589
Schweinefleisch	2820	592
Hammelfleisch	71	49
Ziegenfleisch	0	37

Die Mehreinfuhr ist demnach gegen 1906 sehr erheblich zurückgegangen. Trotzdem ergibt sich für das zweite Quartal 1907 immer noch ein Mehrverbrauch von Fleisch gegen die Vergleichszeit 1906. Es betrug nämlich die zur Verfügung stehende Fleischmenge im zweiten Quartal 1906 nur 534 691 Tonnen, dagegen 568 186 im Jahre 1907. Berechnet man für die verschiedenen Fleischarten den Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung und berücksichtigt dabei die seit 1906 eingetretene Zunahme der Bevölkerung, so erhalten wir folgendes Resultat: Auf den Kopf der Bevölkerung kamen während des zweiten Quartals Kilogramm Fleisch:

	1906	1907
Rindfleisch	3,83	3,41
Kalbfleisch	0,84	0,77
Schweinefleisch	4,02	4,81
Hammelfleisch	0,18	0,15
Ziegenfleisch	0,04	0,04

Zugenommen hat also nur der Schweinefleischverbrauch, während für die übrigen Fleischarten ein Konsumrück-

Unterhaltungslektüre. Nicht mit Unrecht hat man das gegenwärtige Zeitalter ein „papiernes" genannt. Tag für Tag ergießen sich breite Zeitungsströme ins Land, und die Zahl der jährlich auf den Markt geworfenen Bücher geht in die Zehntausende. Die Inseratenplantagen gedeihen in einer früher unerhörten Fülle und finden leider trotz ihrer nicht sehr sauberen politischen Nebengeschäfte vielfach noch Eingang in die Kreise, deren Interessen lediglich von der sozialdemokratischen Presse ernsthaft vertreten werden. Dem aufgeklärten Arbeiter gilt das als ein beschämender, unerhörter Zustand! Darum hat die Agitation in der letzten Zeit ganz besonders scharf an diesem Punkt eingesetzt und hat prächtige Erfolge errungen. Die sozialdemokratische Tagespresse fügt ein neues Leser-Tausend an das andere! Und die Gewerkschaftspresse brilliert mit Auflageziffern, die einem zuweilen geradezu „amerikanisch" vorkommen. So befinden sich alle proletarischen Presseunternehmungen, die direkt dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiterklasse dienen, recht wohl und im schönsten Aufschwunge. Wie aber steht es mit unserer Unterhaltungslektüre, soweit sie nicht Platz in der Tagespresse findet? Es ist traurig, aber wahr, daß es Parteigenossen, gute Parteigenossen gibt, die zwar die Abonnementsaufforderungen etwa eines Generalanzeigers mit Verachtung von sich weisen würden, die aber kein Auge haben für die seltsame Lektüre, in die Frau und Kinder sich vertiefen, wenn es gilt, eine der seltenen freien Stunden in guter Erholung hinzubringen. Die blutroten, neidgelben und giftgrünen Schundromanhefte müssen da häufig, allzu häufig, die „geistige" Anregung liefern! Wie kommt das? Kein vernünftiger Mensch wird dulden, daß seine Angehörigen etwa verschimmeltes Brot oder verfaultes Fleisch als Nahrung zu sich nehmen. Nun: jene Hintertreppenliteratur ist verschimmelte und verfaulte Nahrung für den Geist, für das Gemüt, für die Phantasie! Andere wieder lassen Gemüt und Phantasie gänzlich hungern. Sie geben ihnen nichts, trotzdem ihre Befriedigung ebenso gut eine Notwendigkeit ist wie die leibliche.

Aus all diesen Erwägungen heraus hat die Partei ihre eigene Romanzeitung begründet — mit dem vornehmlichen Zweck, die bösartige Unterhaltungslektüre, die Schundromane aus den Arbeiterfamilien zu verdrängen. Um so nötiger ist das, als diese Erzeugnisse zuweilen nicht blöd nur sind, sondern sogar eine direkt arbeiterfeindliche Tendenz verfolgen. Edle Könige, edle Fürstinnen, edle Grafen treten meist in Rudeln auf, und das Volk wird als eine dumme, liebedienerische Masse hingestellt, die für jedes gnädige Nicken eines fürstlichen Hauptes einen Knix macht und so sich selbst erniedrigt. Steckt nur einmal die Nase hinein, Parteigenossen, und der Ekel packt Euch! Also: es ist auch ein Kampf, der hier geführt wird, ein Kampf gegen alte, schlechte Gewohnheiten, die uns hindernd im Wege stehen. Die vergiftende Wirkung der Schundliteratur aufzuheben, ihr wegen ihrer Unwahrhaftigkeit und Phrasenhaftigkeit den Todesstoß zu versetzen — diese Absicht wird mit der sozialdemokratischen Romanbibliothek „In Freien Stunden" verfolgt.

Ihren Zweck ins Auge fassend, greift diese Zeitschrift nicht zu dem oft Schwerverständlichen in der Literatur, vielmehr sucht sie durch die Auswahl möglichst einfacher, volkstümlicher, handlungsreicher Romane sich dem Verständnisse auch des Unbelesensten zu nähern, um so von vornherein dem Einwurf zu begegnen: „Ja, das verstehen wir aber nicht!" Um anzudeuten, wie die „Freien Stunden" ihre Aufgabe zu erfüllen trachten, seien Titel und Verfasser einiger Romane hier verzeichnet. Es wurden u. a. veröffentlicht: „Die Armen und Elenden" von Victor Hugo und andere Romane desselben Verfassers; „Florian Geyers Heldentod" und andere von Friedrich Spielhagen; „Unter den Dolomiten" von Konrad Telmann; „Magdalene Doris" von Felix Holländer; „Dombey und Sohn" von Dickens; „Hanna" von Sienkiewicz; „Islandfischer" von Pierre Loti; „Die schwarze Galeere" von Wilhelm Raabe; „Der Goldmensch" von Maurus Jokai; „Frau Therese" von Erckmann-Chatrian; „Der Sturm auf die Mühle" und andere von Emile Zola; „Die Regulatoren von Arkansas" und andere von Friedrich Gerstäcker; „Der Jesuit" und andere von C. Spindler; „Der Deserteur" von Robert Buchanan; „Der verlorene Sohn" von Hall Caine; „Rebellen" von Eugen Tschirikow.

Diese Liste enthält noch nicht die Hälfte der mehr als vierzig Romane und Novellen, die während des zehnjährigen Bestehens von „In Freien Stunden" geboten wurden!

Der am 1. Juli begonnene Halbjahresband bringt als Hauptroman: „Die Pilger der Wildnis" von Johannes Scherr. Der bekannte Kulturhistoriker hat hier ein Stück interessanter Zeitgeschichte ins Poetische übertragen. Die Erzählung setzt ein mit der Verfolgung zweier „Königsmörder", Mitglieder des revolutionären Gerichtshofs, der Karl I. von England zum Tode verurteilte. Die Reaktion ist wieder ans Ruder gekommen und die Hetze auf das Edelwild geht los. Der Roman spielt in der nordamerikanischen Kolonie Neu-England und nimmt im weiteren die Schilderung der Kämpfe zwischen Weißen und Indianern zum Gegenstand. Zum Teil sind die Träger der ganzen Handlung im Roman historische Personen. Es wird darin ein treffendes, typisches Bild der bezeichneten Kämpfe zu geben versucht. Kleine geschichtliche Erläuterungen führen auch den weniger Belesenen in die historische Umwelt ein, wodurch ihm der allgemeine politische Zusammenhang klar wird. So einen sich hier Unterhaltung und Belehrung mühelos miteinander. — Neben diesem illustrierten Hauptroman kommt zunächst die berühmte schwedische Schriftstellerin Selma Lagerlöf zu Worte. „Eine Herrenhofsage" hat sie die Erzählung betitelt, in der eine reiche Phantasie und eine kunstgeübte Hand uns klare, reife Poesie bietet: die Lage von der armen Ingrid, deren Liebe einen Irrsinnigen von seiner Krankheit, von seiner Willenlosigkeit, erlöst.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch auf eine sorgfältige Ausführung der Illustrationen gehalten wird. Ohne der Übertreibung zu verfallen, darf behauptet werden, daß sie einer künstlerischen Kritik wohl standhalten können. Der Münchener Maler Damberger, ein anerkannter Künstler, zeichnet sie.

Indem wir unsere Leser nochmals zum energischen Kampf gegen die Schund-Unterhaltungslektüre aufrufen, empfehlen wir ihnen die tatkräftigste Unterstützung der sozialdemokratischen Illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden". Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft in gutem, großem Druck für 10 Pfennig. Alle Parteibuchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

pb. **Diebstahl.** In der Seebadeanstalt in Travemünde ist vor einigen Tagen, außer einem Geldbetrage, eine goldene Herren-Remontoiruhr gestohlen worden. Ein besonderes Kennzeichen an der Uhr ist der Umstand, daß das Zifferblatt an zwei Stellen gespitzen ist.

Im Hansa-Theater kommt gegenwärtig eine große internationale Ringkampf-Konkurrenz um einen Goldpokal und 1000 Mk. in bar zum Austrag. An der Konkurrenz beteiligen sich bekannte Ringkämpfer aus aller Herren Länder, so z. B. Hitzler-Deutschland, Raicewich-Dalmatien u. a. Das Publikum verfolgt die Kämpfe mit großem Interesse, was auch der allabendliche starke Besuch beweist. Bei den gestrigen Ringkämpfen siegte Raicewich-Dalmatien über Madralli-Armenien in 12 Minuten; Hitzler-Deutschland drückte seinen Gegner Petlivan-Konstantinopel in 6 Minuten mit beiden Schultern auf den Boden. Der Kampf zwischen den beiden gleichwertigen äußerst gewandten Ringern Hansen-Dänemark und Stalling-Bremen wurde nach einer Dauer von 30 Minuten als unentschieden abgebrochen. Den Ringkämpfen voraus gehen gute Spezialitätenvorstellungen.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die nächsten Tage bringen ein besonders gewähltes Repertoir und zwar wird Sonnabend das amüsante und beliebte Volksstück mit Gesang „Mein Leopold" von L'Arronge letztmalig wiederholt. Trotzdem das volle Orchester hierbei tätig ist, ist der Preis auf allen Plätzen des Theaters nur 50 Pfg. Eine besondere Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen findet Sonntag statt und zwar geht zuerst die Operette „Der Zigeunerbaron" von Strauß in Szene, hierauf das sensationelle Schauspiel „Der Dieb." Die Vorstellung beginnt bereits um 7 Uhr.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: „Raffles, der Amateur-Einbrecher", die aufsehenerregende Neuheit wird morgen letztmalig wiederholt. Die Preise sind, wie Sonnabends üblich, auf allen Plätzen 50 Pf. Sorgfältig vorbereitet geht am Sonntag Maxim Gorkis „Nachtasyl" in Szene. Montag werden die beiden Lustspiele von Blumenthal und Kadelburg: „Im weißen Rößl" und die Fortsetzung „Als ich wiederkam . . ." gegeben.

In Puls Universum, Beckergrube, gelangt am Sonnabend und Sonntag die große Ausstattungskomödie „Moderne Dienstboten" zur Aufführung. Zweifellos wird der Besuch dieser Vorstellungen ein starker sein, zumal außerdem noch sämtliche übrigen Spezialitäten auftreten.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) **Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)**
2) **Staatsangehörigkeits-Ausweis.**
3) **Militär-Papier.**
4) **Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist,**

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):

5) **Gewerbe-Anmeldeschein.**
6) **Innungsmitgliedsschein.**

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) **Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.**
8) **Geburtsschein der Ehefrau.**

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates, der folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Hamburg. Der Hamburger Staat als Arbeitgeber. Wie vor einiger Zeit mitgeteilt, hat eine Riesenversammlung der in den hamburgischen Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter ihre sehr bescheidenen Wünsche und Forderungen formuliert und die Verwaltungs- und sonstigen Behörden um Antwort ersucht. Auf eine persönliche Auseinandersetzung läßt sich der Senat, wie nicht anders zu erwarten war, mit seinen Arbeitern nicht ein, weil er in sozialpolitischen Dingen nur „verfügt". Diese „Verfügung" ist den in Betracht kommenden Arbeiterkategorien durch die unterschiedlichen Behörden mitgeteilt worden. In Hamburg hat in betreff sozialer Fürsorge stets eine botokudische Rückständigkeit geherrscht; müssen doch die Staatsarbeiter um die Einführung von Arbeiterausschüssen petitionieren — einer Einrichtung, die in anderen, namentlich süddeutschen Gemeinden schon seit langen Jahren besteht und als selbstverständlich gilt. Im Staatskaibetriebe, welcher der Deputation für Handel und Schiffahrt untersteht, ist eine Lohnkommission entlassen worden, weil sie den Auftrag bekommen hatte, dem antisemitischen Kaidirektor Winter die in einer Betriebsversammlung stipulierten Forderungen zu überreichen, und dabei nicht den Instanzenweg innegehalten haben soll. Und diese Entlassung wurde in der Hamburger Bürgerschaft, dieser illustren „Volksvertretung", als völlig gerechtfertigt bezeichnet! Die Kaiverwaltung geht jetzt so weit, den Kaiarbeitern unter Androhung der Entlassung die Mitgliedschaft zur Organisation der Staats- und Gemeindearbeiter zu verbieten. Beschwerden gegen diese Willkürherrschaft sind völlig aussichtslos, denn Präses der Deputation für Handel und Schiffahrt ist der Senator O'Swald, der bekanntlich den Standpunkt der Mehrheit des Senats bei der Beratung der Wahlrechtsumsturzvorlage vertrat. Von welchen Oberscharfmacherallüren dieser Staatsgewaltige beseelt ist, geht aus einer Antwort hervor, die er einem der Entlassenen zuteil werden ließ: „Was wollen Sie eigentlich? Sie sind von der Kaiverwaltung entlassen worden, und dies hat ebenso Geltung, als wenn Sie selbst Ihre Entlassung nehmen. Sehen Sie nur zu, daß Sie andere Arbeit erhalten." Punktum! Was nun die Verfügung anlangt, so kann, „soweit die dienstlichen Verhältnisse es gestatten, den Arbeitern, welche länger als drei Jahre bei derselben Verwaltung ständig beschäftigt waren, das 25. Lebensjahr vollendet und sich gut geführt haben, alljährlich ein Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Die Dauer des Urlaubs soll nach 3 Jahren 3 Tage, nach 6 Jahren 6 Tage betragen. Zulagen in Höhe von 10—20 Pfennigen pro Tag sollen nur wenige Arbeitskategorien erhalten, die bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeiter sollen nichts erhalten. So sieht das „Entgegenkommen" aus, das der Vater Staat als Arbeitgeber seinen Arbeitern gegenüber bekundet. Daß unter diesen Umständen in den Reihen der 7000 Staats- und Gemeindearbeiter eine starke Erregung herrscht, braucht nicht des näheren ausgeführt zu werden.

Hamburg. Zur Lohnbewegung der Gasarbeiter. In den gestern stattgehabten Verhandlungen der Deputation für das Beleuchtungswesen mit den Arbeiterausschüssen der Gasarbeiter ist vereinbart worden, daß die achtstündige Schichtdauer für Retortenarbeiter (Schichtarbeiter) eingeführt werden soll am 1. Februar 1908. Eine bindende Zusage inbezug auf Einführung der neunstündigen täglichen Arbeitszeit hat die Deputation nicht gegeben. In diesem Punkte blieb sie bei ihrer Bekanntmachung. Ferner erklärte sie, die Löhne gegenwärtig nicht erhöhen zu können, weil dem ein Beschluß des Senats entgegenstehe, dahin lautend, die Anfangslöhne dürften nicht über 4 M. pro Tag kommen, und eine einzelne Verwaltungsbehörde dürfe eine generelle Erhöhung der Löhne überhaupt nicht vornehmen. Die Deputation wolle aber eine Erhöhung der Löhne befürworten. Den Gasarbeitern solle eine besondere Vergünstigung noch insofern zu teil werden, als ihnen Arbeitskleidung und Fußzeug geliefert werden könnte. Eine Antwort der Gasarbeiter auf diesen Bescheid liegt noch nicht vor.

Neumünster. Auf der Generalversammlung des 7. schleswig-holsteinschen Wahlkreises (Kiel-Neumünster), die am Sonntag in Neumünster tagte und von 43 Delegierten besucht war, konnte über einen erfreulichen Fortschritt der Bewegung im abgelaufenen Geschäftsjahre (1. Juli 1906 bis 1. Juli 1907) berichtet werden. Die Mitgliederzahl der Ortsvereine hat sich von 5961 auf 7917, d. h. um 30 Proz., erhöht. Die Abonnentenziffer der „Schleswig-Holst. Volkszeitung" ist im Wahlkreise von 11 944 auf 15 180 gestiegen, weist also ein Mehr von 3186 gegen das Vorjahr auf. Insgesamt zählt unser Kieler Parteiorgan jetzt zirka 24 000 Abonnenten. Die Einnahmen der Zentralkasse haben sich von 35 583 Mk. auf 48 245 Mk. erhöht, die außerordentlichen Einnahmen während der Wahlzeit nicht miteingerechnet. Daneben sind die Kassenbestände der Ortsvereine, deren Einnahmen 51 754 Mk. betrugen, darunter aus Mitgliedsbeiträgen 32 412 Mk., wovon 60 Proz. an die Zentralkasse des Kreises abzuführen waren, um 41 Proz. gestiegen. An den Parteivorstand in Berlin wurden 5900 Mk., an die Agitationskommission der Provinz 3750 Mk. abgeführt. Die Ausgaben für die Reichstagswahl, die aus den während der Wahlperiode eingegangenen außerordentlichen Einnahmen mehr als gedeckt werden konnten, beliefen sich auf rund 16 000 Mk, wovon 2000 Mk. an benachbarte Wahlkreise und eine ebenso große Summe an die Agitationskommission der Provinz abgeführt wurden. Der Generalversammlung lag ein Antrag der Kreisleitung auf Herausgabe einer gratis zu verteilenden, wöchentlich bezw. vierzehntägig erscheinenden Landarbeiterzeitung für den Kieler Wahlkreis vor. Dem Antrag wurde nach fünfstündiger eingehender Debatte über die Agitation auf dem Lande prinzipiell zugestimmt. Die definitive Beschlußfassung wurde vertagt bis zur nächsten Generalversammlung, da auf dem demnächst stattfindenden Provinzialparteitage voraussichtlich die Gründung eines monatlich erscheinenden Landarbeiterorgans für die ganze Provinz beschlossen werden wird und die Erfahrungen, die mit dieser Zeitung gemacht werden, abgewartet werden sollen. Der Anstellung eines besoldeten Kreisbeamten, der am 1. Oktober sein Amt antreten soll, wurde zugestimmt. Der Ortsverein Kiel hat bereits im vorigen Winter einen besoldeten Sekretär angestellt. Die Zahl der regelmäßige Beiträge zahlenden Genossinnen ist von 440 auf 800, die der „Gleichheit"-Abonnentinnen von 890 auf 1487 im Berichtsjahr gestiegen.

Flensburg. Aufgelöst hat sich am Sonnabend abend der „Wahlverein für Stadt und Land". Sein Leben war kurz, dafür hat er sich aber blamiert, so gut es ging, denn er war die Seele des unter der Fahne des Reichsschwindelverbandes kämpfenden Blocks bei der Reichstagswahl. Die Motive zur Auflösung sind, daß die Leitung des Vereins einsah, daß die Aufgabe des Vereins nicht erfüllt werden konnte. Der Zweck des Vereins war, Stadt und Land unter einen Hut zu bringen gegen die Sozialdemokratie. Bei der Reichstagswahl glückte das einigermaßen, doch sind alle unternommenen Versuche, bei der Landtagswahl eine Einigung herbeizuführen, gescheitert. Die Freisinnigen gehen da selbständig vor, die Nationalliberalen wollen ihren Metger halten und die Bündler suchen ebenfalls seit längerer Zeit einen geeigneten Kandidaten. Weil also zur Landtagswahl jede der reaktionären Parteien selbst einen Rebbach machen will, fühlt der Verein Kuddelmuddel, daß er überflüssig ist. An seiner Spitze stand ein Professor Petersen.

Bremen. Die deutsche überseeische Auswanderung im Monat Juli 1907 und in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es wurden befördert deusche Auswanderer

über	1907	1906
Bremen	1245	1171
Hamburg	821	725
deusche Häfen zusammen	2057	1896
fremde Häfen (soweit ermittelt)	315	333
überhaupt	2372	2229

Aus deutschen Häfen wurden im Monat Juli 1907 neben den 2057 deutschen Auswanderern noch 22 364 Angehörige fremder Staaten befördert, davon gingen über Bremen 13 482 (einschließlich 42 Auswanderern, die für Monat Juli nachträglich gemeldet sind), über Hamburg 8882.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater gab es am Mittwoch zum Benefiz für den Spielleiter Fanger eine Aufführung des bekannten L'Arrongeschen Volksstückes „Mein Leopold". Herr Fanger spielte den Schuster Weigelt und hatte sich damit auf ein Gebiet begeben, für welches seine künstlerische Veranlagung ihn nicht geeignet erscheinen läßt. Wenn ihm trotzdem Blumen und Beifall zuteil wurden, so darf er diese Zeichen des Wohlwollens als Quittung für manche im Laufe der Spielzeit gebotene gute Leistung betrachten.

Zum Benefiz für Herrn Widmann ging gestern abend im Wilhelm-Theater Hartlebens wirkungsvolle Offiziers-Tragödie „Rosenmontag" vor fast ausverkauftem Hause in Szene. Herr Widmann, der selbst nur die kleine Rolle des Leutnants Hoffmann gab, hatte für ein bis in das kleinste sorgfältig ausgearbeitetes Zusammenspiel gesorgt, sodaß die ganze Vorstellung wie aus einem Guß erschien. Der Beifall war sehr stark.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

gang festzustellen ist. Der Gesamtverbrauch an Fleisch pro Kopf der Bevölkerung betrug demnach im zweiten Quartal 1906 8,91 Kilogramm, 1907 dagegen 9,18. Es ist eine Steigerung um 0,27 Kilogramm oder um zirka ein halbes Pfund pro Kopf eingetreten. Diese Zunahme ist immer noch ungenügend. Selbst im zweiten Quartal 1905 war der Verbrauch pro Kopf mit 9,24 Kilogramm noch etwas höher als im laufenden Jahre.

Ausgewiesen.

Aus Stuttgart kommt unter dem gestrigen Datum folgende Aufsehen erregende Meldung: Soeben wurde der Delegierte Quelch von der württembergischen Regierung durch die Stadtdirektion ausgewiesen wegen einer Äußerung über die Haager Friedenskonferenz, die er durch seine heutige Erklärung nicht genügend zurückgenommen. Damit habe er gegen die Bedingungen verstoßen, unter denen die Regierung die Abhaltung des Kongresses nicht beanstandet. Ihm wurde eine Frist von 10 Stunden zum freiwilligen Verlassen des Landes gegeben, sonst erfolgt zwangsweise Beförderung über die Grenze und bei Rückkehr Haft. Die Entrüstung ist allgemein. — Bisher hatte es den Anschein, als ob die württembergische Regierung sich von der preußischen durch eine liberalere Haltung der Sozialdemokratie gegenüber vorteilhaft unterscheide. Diese Illusion ist durch die Ausweisung des Genossen Quelch, für welche nach dessen Erklärung zu seiner mangelhaft übersetzten Äußerung über die Delegierten der Haager Konferenz absolut kein Grund vorlag, gründlich zerstört. Württembergs Ansehen wird durch ein derartiges Vorgehen, wie es gegen Quelch beliebt wurde, sicherlich nicht gewinnen.

Podbielsky als Reichstagskandidat.

Dem Organ der Agrarier im Wahlkreise West-Priegnitz entnimmt der „Vorwärts" die Meldung, daß der dortige agrarische Reichstagsabgeordnete, ein Gutsbesitzer Stubbendorf, nach Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode, kein Mandat mehr annehmen werde und daß an seiner Stelle der ehemalige Minister Podbielsky aufgestellt werden soll. — Selbstverständlich halten auch wir den Tippelskirchminister für den würdigsten agrarischen Reichstagsabgeordneten.

England.

England und Transvaal. Das britische Parlament nahm Montag in der zweiten Lesung die Transvaal Loan Bill an, auf Grund welcher England eine Transvaaler Anleihe von 5 Millionen Pfd. Sterl. (100 Mill. Mark) garantiert. Die Anleihe soll verwendet werden zur Schaffung einer Landschaftsbank (50 Millionen Mark), um den Ackerbau zu heben; 8 Millionen für Bewässerungsanlagen; 6 Millionen für Ansiedelungen; 4 Mill. für öffentliche Gebäude; 32 Millionen für den Bau von Eisenbahnen und Reparaturen und Ausbau der alten Eisenbahnlinien, Straßen usw. Die Staatsschulden Transvaals betragen 31 Millionen Pfd. Sterl., wovon 20 Millionen auf produktive Zwecke ausgegeben wurden. Die aufgenommene Anleihe wird es der Transvaalregierung ermöglichen, sich von den Goldmagnaten einigermaßen unabhängig zu machen und die chinesischen Arbeiter zurückzuschicken. Bei der Debatte wurde von Sir Charles Dilke hervorgehoben, daß die Regierung die Gelegenheit der Anleihegarantie dazu hätte benutzen sollen, der Hindu-Bevölkerung in Transvaal eine bessere legale Stellung zu sichern. — Die Transvaaler Legislatur beschloß mit 42 gegen 19 Simmen, den Cullinan-Diamanten (den größten Diamanten der Welt) im Werte von drei Millionen Mark anzukaufen und ihn der englischen Krone zum Geschenk zu machen. Der Antrag wurde von den Burenabgeordneten unterstützt, während er von den britischen Delegierten abgelehnt wurde! Die Arbeiterabgeordneten stimmten mit den Buren!

Marokko.

Die Situation wird immer verwickelter. Aus Casablanca wird unter dem 22. August gemeldet: Die Marokkaner entfalten eine lebhafte Tätigkeit und unterhielten in der vergangenen Nacht ein unaufhörliches Feuer gegen die Außenposten, die rund um die Stadt Stellungen eingenommen haben. Die Kriegsschiffe dampften am frühen Morgen die Küste entlang und beschossen Dörfer und Gehöfte, die dem Feinde Deckung gewährten und legten sie in Asche, beunruhigten ihn selbst aber nur wenig, da er sich hinter Hügeln zurückzog, die sich zwischen den brennenden Dörfern und der Stadt ausdehnen. — Dem Reuterschen Bureau wird aus Casablanca vom 21. August gemeldet: Eine starke Abteilung berittener Araber umzingelte heute früh die Stadt und griff die französische Stellung trotz des heftigen Feuers, das vom Lande und von der See aus auf sie gerichtet wurde, an. Die Franzosen sandten eine schwache Truppenmacht aus, vor der sich der Feind zurückzog; nach kurzer Zeit aber sammelte er sich wieder und machte quer über die freie Ebene hin mit bewundernswürdiger Tapferkeit einen erneuten Angriff, der indessen unter dem vernichtenden Artilleriefeuer scheiterte. Nach einiger Zeit stürmte eine große Schar wiederum talabwärts gegen die französische Infanterie vor. Die Araber ritten etwa zwei Meilen in geschlossenen Reihen unter heftigem Feuer vorwärts und näherten sich bis auf eine Entfernung von 400 Yards, ehe sie zum Rückzug gezwungen werden konnten. Ein weiterer erfolgloser Angriff wurde auf der Westseite gemacht. — Der bekannte Industrielle Mannesmann in Remscheid mußte mit seiner ganzen Familie aus Casablanca flüchten, nachdem die Kabylen seine Dienerschaft und neun Pferde getötet hatten. Sein ganzes Hab und Gut wurde vernichtet.

---

7. Internationaler Sozialisten-Kongreß.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

C. B. Stuttgart, den 22. August 1907.

Dritte Plenarsitzung.

Singer eröffnet die Sitzung. Quelch-London (zur tatsächlichen Feststellung): Die Vertreter der württembergischen Regierung haben Anstoß an einem Passus meiner gestrigen Rede genommen, der sich auf die Haager Konferenz bezog. Ich soll ihre Mitglieder „Diebe und Mörder" genannt haben. Der Irrtum beruht auf einem Übersetzungsfehler. Wörtlich übersetzt bedeutete der von mir gewählte Ausdruck: „Eine Abendgesellschaft von Dieben." Das ist bei uns eine gebräuchliche Bezeichnung der ganzen kapitalistischen Gesellschaft. Jede persönliche Beleidigung der Mitglieder der Konferenz lag mir fern. — Singer teilt den Geschäftsplan mit, der das Internationale Bureau beschlossen hat. In der Donnerstags-Vormittagssitzung soll die kolonialpolitische Debatte zu Ende geführt werden. Donnerstag nachmittag soll die Frage des Frauenstimmrechts, Freitag vormitag die Gewerkschaftsfrage, Freitag nachmittag die Ein- und Auswanderungsfrage behandelt werden. Der Sonnabend wird für die Militärdebatte reserviert. — Sekretär des internationalen Bureaus Huysmans verliest zahlreiche weitere Begrüßungsschreiben und -Telegramme, darunter eins vom internationalen Friedenskomité in Bern. — Hierauf wird die Debatte über die Kolonialpolitik fortgesetzt.

Karski-Polen tritt temperamentvoll für die Minderheitsresolution ein. Es ist unerhört, daß auf einem sozialistischen Kongreß der Bevormundung eines Volkes durch das andere das Wort geredet werden durfte. Das ist nicht einmal ein bürgerlicher, sondern ein junkerlicher Begriff. (Lebh. Zustimmung.) Polen weiß von den Folgen einer solchen Bevormundungspolitik zu erzählen. Wir haben gar kein Recht, alten Kulturvölkern, wie den Indiern, unsere Afterkultur aufzudrängen. (Lebh. Beifall.)

Inzwischen ist die Resolution der Kommission für das Frauenstimmrecht eingegangen. Sie begrüßt in ihren Einleitungsworten die internationale Frauenkonferenz und macht sich den substantiellen Inhalt (unter Streichung der theoretischen Ausführungen) der von dieser angenommenen deutschen Resolution zu eigen, also Verwerfung des beschränkten Frauenwahlrechts und Verpflichtung der sozialistischen Parteien aller Länder, für das unterschiedslose Stimmrecht aller Großjährigen beider Geschlechter einzutreten. — Es wird in der Kolonialdebatte fortgefahren. — Mac Donald von der Ind. Labour-Party (England) empfiehlt die Mehrheitsresolution, obwohl auch diese die für England hochwichtige Frage der unabhängigen Kolonien, der Kolonien mit englischer Bevölkerung, mit Parlament und Selbstverwaltung nicht berühre und nur auf die sog. Kronkolonien Anwendung finden könne. Der Kapitalismus kann nicht mehr unumschränkt in den Kolonien schalten, er unterliegt der Kontrolle durch die Parlamente, in denen Vertreter des arbeitenden Volkes sitzen. Wir dürfen uns nicht auf negative Kritik beschränken, sondern müssen Positives leisten. Er, Redner, werde nächstens mit der Regierung im Parlamente ein ernstes Wort über koloniale Mißstände sprechen. (Beifall.) — Brache-Frankreich befürwortet die Minoritätsresolution. Wir Sozialisten müssen die Kolonialpolitik wie jede andere Form des Kapitalismus entschieden bekämpfen. (Beif.) Die Mehrheit hat vergessen zu sagen, wie eine sozialistische Kolonialpolitik aussehen soll. Die Sozialdemokratie, die gleiche Rechte für alle Menschen verlangt, darf nicht für die Kolonien Menschen zweiten und dritten Grades schaffen. Wir haben nicht das Recht, von unserem angeblich höheren Kulturstandpunkt aus sogenannte minderwertige Völkerschaften zu bevormunden. (Beifall.) — Die schwedische Delegation läßt erklären, daß dem Genossen Ledebour gestern ein Irrtum unterlaufen sei und sie für die Mehrheits-, nicht für die Minderheitsresolution eintrete. — Die französische Delegation beantragt, die Mehrheitsresolution, aber unter Streichung des Absatz 1 anzunehmen. — Die deutsche Delegation beantragt folgende Fassung des Absatzes 1 der Mehrheitsresolution: „In der Erwägung, daß der Sozialismus die produktiven Kräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zu einer höheren Kulturstufe erziehen will, verwirft der Kongreß nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, da diese unter sozialistischen Regime zivilisatorisch wirken kann." — Berichterstatter van Kol akzeptiert diese Änderung.

Karl Kautsky (mit stürmischem, anhaltenden Beifall empfangen): Ich muß gegen den Absatz 1 in jeder, auch in der neu beantragten Form stimmen. Der Gedanke einer sozialistischen Kolonialpolitik ist an sich widerspruchsvoll. Der Gedanke ist über Nacht aufgetaucht, denn früher hat man nie etwas von ihm gehört. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist in den Kolonien dieselbe wie im Heimatlande: Schutz der Volksmassen gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen militaristischen und administrativen Druck. Kolonialpolitik bedeutet Eroberung und Fremdherrschaft und würde diese Bedeutung auch unter sozialistischem Regime beibehalten. Eroberung und Fremdherrschaft sind aber unvereinbar mit dem Sozialismus. (Lebh. Zustimmung.) Wenn wir zivilisatorisch wirken wollen, müssen wir das Vertrauen der unzivilisierten Völkerschaften erwerben; das können wir aber nur, wenn wir ihnen Freiheit geben. (Stürmischer Beifall.) Die Argumente, die David gegen die Aufgabe der Kolonien angeführt hat, sind dieselben, die die Sklavenhalter gegen die Aufhebung der Sklaverei ins Feld führten. (Hört, hört!) Bernstein hat zu Unrecht sich auf Marx berufen. Marx sagt: „Die Erde gehört der Menschheit" — also nicht den Kapitalisten. (Stürmischer Beifall.) Der Satz von der sozialistischen Kolonialpolitik bedarf zum mindesten noch einer eingehenden Erörterung. Ich bitte daher — gemäß dem französischen Antrag — den ersten Satz der Mehrheitsresolution abzulehnen. (Stürm. lebhafter Beifall.)

Simons-Chicago: Kolonialpolitik und Ausbeutung sind identisch. Der sozialistische Staat wird und kann keine Kolonialpolitik treiben. Die amerikanische Delegation stimmt für die Minderheitsresolution. (Beifall.)

Rouanet-Paris tritt für Mehrheitsresolution ein, deren letzter Absatz betr. die internationalen Vereinbarungen über Eingeborenenrechte er jedoch zurückgezogen sehen möchte.

Hiermit schließt die Debatte. In seinem Schlußwort empfiehlt der Berichterstatter van Kol erneut die Mehrheitsresolution! Die Sozialisten Hollands haben gezeigt, wie man sich durch praktische Reformarbeit das Vertrauen von Millionen Eingeborenen erwirbt. Kautsky sagt, wir sollen uns das Vertrauen der unzivilisierten Völker erwerben. Ich bin bereit, mit ihm nach Zentralafrika zu gehen. Vielleicht werden wir aufgefressen, wobei ich bei meinem Embonpoint den Vorrang vor Kautsky haben würde. (Stürm. Hkt.) Die Zeit der Phrasen ist vorüber, wir müssen praktische Arbeit leisten. (Lebh. Beif.) Die Abstimmung wird auf die Nachmittagssitzung verschoben.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Singer gibt zunächst der indischen Delegiertin Genossin Khamar das Wort zu einer Ansprache. Genossin Khamar, die aus malaiisch-indischem Fürstengeschlecht stammt, ist etwa 25 Jahre alt. In fließendem Englisch entbietet sie zunächst dem Kongreß und allen Genossen den Brudergruß der Indier, die unter dem Joche der englischen Herrschaft schmachten. (Lebh. Beifall.) In Indien wohnt ein Fünftel der ganzen Menschheit und dieser so zahlreiche Teil der Menschheit steht unter einer entsetzlichen Mißwirtschaft, die Hungersnot, Epidemien und erschreckliche Sterblichkeit im Gefolge hat. Vergebens hat Genosse Hyndman, der seit einem Menschenalter die Sache Indiens in England verficht, bei John Morley und anderen englischen Ministern Hilfe für Indien gesucht. So wenden wir uns denn an diesen Kongreß als an das Tribunal der menschlichen Gerechtigkeit. (Stürmischer Beifall.) Indien ist noch unglücklicher als Rußland, dessen kämpfendem Volke es durch mich den herzlichsten Gruß entbietet. (Brausender Beifall.) Indien verlangt seine Menschenrechte, Autonomie und Selbstverwaltung. Im Namen Indiens entfalte ich hier die Fahne der indischen Freiheit! (Rednerin hat während der letzten Worte ein indisches Banner in den Farben grün-weiß-rot, auf dem ein Halbmond abgebildet ist, aufgerollt. Sie schwingt das Banner über ihrem Haupte. Endloser Beifall.)

Hierauf wird zur Abstimmung über die Resolution zur Kolonialfrage geschritten. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird auf Antrag der französischen Delegierten beschlossen, die Minoritätsresolution als Amendement zu Absatz 1 der Mehrheitsresolution zu betrachten und über sie zunächst abzustimmen. (Die Minderheitsresolution will bekanntlich den ersten Absatz der Mehrheitsresolution, in welchem eine Kolonialpolitik unter sozialistischem Regime für evtl. zulässig erklärt wird, streichen. Für den Antrag der Kommissionsminderheit stimmen Amerika und Italien, sowie die Delegationen aus den Staaten ohne Kolonien, sowie ein Teil der englischen und französischen Delegierten. Gegen den Antrag stimmen Deutschland, Österreich, Böhmen, Belgien, Holland geschlossen, Frankreich und England zum Teil. Das Resultat ist die Annahme des Antrags mit 127 gegen 108 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen. Der angefochtene Absatz 1 der Resolution der Kommissionsmehrheit ist damit gestrichen. (Stürmischer Beifall im Saale und auf den Galerien.) — Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die durch die Minderheitsresolution amendierte Mehrheitsresolution mit den Stimmen sämtlicher Nationen mit Ausnahme der holländischen, die sich der Abstimmung enthält, angenommen. Die Abstimmung der deutschen Delegation, die für die amendierte Resolution stimmt, wird von Dr. David-Mainz angezweifelt. — Es folgt die Beratung über das Frauenstimmrecht. Klara Zetkin bittet, nachdem sie temperamentvoll über die Verhandlungen der Frauenkonferenz berichtet hat, um Annahme der mitgeteilten Resolution. (Lebh. Beifall.) — Frau Dr. Pelletier-Paris protestiert gegen die Bevormundung der Frau. — Miß Murly von der Fabian Society (England) rühmt die Verdienste der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Englands und erklärt, man müsse bei aller prinzipiellen Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts sich event. zunächst mit dem beschränkten Frauenwahlrecht als Abschlagszahlung begnügen, da etwas besser als nichts sei. (Vereinzelter Beifall u. starker Widerspruch. — Adelheid Popp-Wien, mit stürmischem Beifall empfangen, protestiert energisch gegen die Ausführungen der Vorrednerin. — Burrow-England von der Socialdemocratic Federation: Die Sozialdemokratie darf nur ein Wahlrecht verlangen, das Wahlrecht aller Großjährigen. (Stürm. Beifall.) Und die Labour Party hat auf ihrer Belfaster Konferenz mit Dreiviertelmehrheit das beschränkte Wahlrecht der Genossin Murly zurückgewiesen. Ebenso die Trades Unions. Wir danken für ein Wahlrecht, das an den Geldbeutel geknüpft ist! (Stürm. Beifall.) — Die Resolution wird mit allen gegen eine englische Stimme angenommen. (Erneuter stürm. Beifall.) — Hierauf vertagt sich der Kongreß auf Freitag.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 23. August.

Die Kosten der verschiedenen Beleuchtungsarten. Als vornehmste Beleuchtungsart gilt nach der Entstehung sowieler und wirksamer Mittel gerade die altmodische Kerze, aber sie ist auch das teuerste Licht und aus diesem Grunde sowie aus dem andern, daß die Wärmeentwicklung dabei außerordentlich groß ist, wird diese Beleuchtungsart wohl immer mehr verschwinden. Nach einer Zusammenstellung, die von der Zeitschrift „Gaslicht" gegeben wird, gehören zur Erzeugung einer normalen Kerze 83 Gramm Stearin, was einer Ausgabe von rund 12 Pfennigen entspricht. Das nächstteuerste Licht wäre eine Öllampe mit Rundbrenner, die 44 Gramm auf die Normalkerze braucht und 3,55 Pfennige kostet. Zunächst steht dieser Beleuchtungsart an Kostspieligkeit eine offene Gasflamme im gewöhnlichen Spaltbrenner zum Preise von 2,55 Pfennig pro Normalkerze. Nicht viel weniger luxuriös, dafür freilich auch weit angenehmer und wirksamer ist das Licht einer elektrischen Glühlampe mit Kohlenfaden, die etwa 2,2 Pfg. kostet. Dann folgen weiter eine offene Gasflamme im Rundbrenner und die gewöhnliche Petroleumlampe, der das Spiritusglühlicht nahesteht, indem für jene 1,41 und für dieses 1,35 Pfg. pro Normalkerze angegeben werden. Die weitere Reihenfolge würde dann so ausfallen, daß etwas billiger als das Spiritusglühlicht eine elektrische Glühlampe mit Metallfaden ist, wieder etwas billiger als diese eine Petroleumlampe mit Stiftbrenner und das Acetylenlicht, die aber alle noch mehr als 1 Pfg. pro Normalkerze kosten. Unter diesem Betrag bleiben zurück in nachstehender Folge: die elektrische Bogenlampe mit gewöhnlichen Kohlenstiften, die Benzinlampe, die elektrische Bogenlampe mit imprägnierten Kohlenstiften, die Quecksilberdampflampe und endlich als billigste Beleuchtungsart das Gasglühlicht.

Kirschensteine und Obstreste werden oft achtlos auf das Trottoir geworfen und sind dadurch schon manchem gefährlich geworden. Auch dieser Tage glitt in Bremen ein junger Mann auf einem achtlos fortgeworfenen Kirschenstein aus, kam zu Fall und setzte sich dabei den Zeigefinger der rechten Hand aus; da er außerdem an dem Finger noch eine beträchtliche Rißwunde erlitt, muß er die unbedachte Tat eines fremden Menschen mit einer mehrwöchentlichen Arbeitsunfähigkeit bezahlen. Dies ist ein erheblicher Schaden, den der Täter würde tragen müssen, wenn er bekannt wäre, hinzu würden eventuell noch die jedenfalls nicht unbeträchtlichen Kurkosten kommen. Darum: jung und alt, beherzigt die Mahnung: Werft keine Obstreste auf den Fußsteig!

Erhängt hat sich gestern morgen ein bei der Firma Wiesner u. Pape beschäftigter Arbeiter, der anscheinend an Verfolgungswahnsinn litt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes sagen allen Beteiligten, insbesondere Herrn Pastor Evers für seine trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen, sowie dem Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks und seinen Kollegen meinen herzlichsten Dank.

Luise Schultz Ww. nebst Kinder.

Logis zu vermieten.

Friedenstraße 14.

Möbl. Zimmer zu vermieten.

Friedenstraße 22, part.

Zu sofort

ein ordentliches Mädchen

Bäckerstraße 13 a.

Ein guterhaltener Kinderwagen zu verkaufen Friedenstraße 99, I.

Frau Klockmann, Hebamme, Geverdesstraße 22.

Liköre

24 Sorten, pr. Fl. Mk. 1.00 und teurer.

Wilh. Rahfoth, Untertrave 113.

Empfehle:

Prima fettes Ochsenfleisch, Kalb-, Schweine- u. Hammelfl.

— ff. Aufschnitt. —

Jeden Sonnabend von 5 Uhr ab:

Heisse Knackwurst.

Karl Kühn

Schlachterei und Wurstfabrik,

Warendorpstr 53., Ecke Schwart. Allee.

Fernsprecher 1403.

Pr. fetten Speck Pfd. 80 Pf.

Pr. mageren Speck Pfd. 80 Pf.

bei Abnahme ganzer Seiten billiger.

M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Kopffleisch

Leberwurst

Brotwurst

sowie jeden Sonnabend

Warme Knackwurst.

Heinr. Viereck

Hüxstraße 90.

Neue Sommerfang- und Matjes-Heringe

sowie sämtliche Fluß- und Seefische, Kieler Räucherwaren empfiehlt

Fischhalle „Hansa",

Fünfhausen 33. Markthallenstand 104.

Telephon 1369. Rote Rabattmarken.

Einmachegläser

6, 8, 10, 12, 20, 32, 45, 60 Pfg.

Geléegläser

10, 12, 15 Pfg.

Patentgläser

absolut sicher,

38, 45, 50, 65 Pfg.

Gläser mit Schrauben

14 und 25 Pfg.

Riesen-Bazar

Breitestraße 33. Schwartauer Allee 13.

Rote Rabatt-Marken.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe, 333 u. 585 gest., anerkannt billig bei

Ernst Gentzen

Uhrm., **Königstr. 62,** b. d. Hüxstr.

Gebe rote Rabattmarken.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt 4. Otto Albers Lübeck 10.

z. B. komplette Betten von 12,50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.

Rote Lubeca-Marken.

F. Meyer, Schuhwaren-Verkaufshaus,

Hüxterdamm 2,

empfiehlt sein großes Lager in kräftigem genagelten Kinderfußzeug, Arbeitsschuhen und wasserdichten Halbstiefeln zu bekannt billigen Preisen, zurückgesetzte Sachen unter Einkaufspreis.

Bitte Schaufenster beachten.

Eigene Reparaturwerkstatt. **Rote Rabattmarken.**

Empfehle bis auf Weiteres einen größeren Posten

Flohmen

in vorzüglichster Qualität extra dick und kernig

das Pfund 70 Pfg.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik.

August Scheere.

Detail-Geschäfte:

Holstenstraße 19. Breitestraße 44.

Mühlenstraße 20.

Billige Lebensmittel.

5 Pfund Marmelade mit Eimer 1.20 Mk.		ff. Meiereibutter	Pfund 110 Pf.
Pflaumenmus	Pfund 20 Pf.	Posten ff. ger. Mettwurst Pfd. 85 u. 75	„
10 Paket Puddingpulver	40 „	Große Partien Käse von Pfd. 20 Pf. an.	
½ Flasche Himbeersaft	45 „	Hiesiger Speck	Pfund 80 Pf.
Kartoffelmehl	Pfund 15 „	Vorderschinken, von 6—8 Pfund schwer,	Pfund 72 Pf.

10 Pfund Zucker 2 Mk. **11 Stück Eier 60 Pfg.**

Otto Burckhardt, Hüxstraße 42.

Bruchheringe 10 Stück 25 Pfennig.

Hausfrauen kauft zum Einmachen

10 Pfund Kristallzucker	nur 2 Mark
Zucker in Broden, ca. 20 Pfund	21 Pfennig
Zucker in Broden, ca. 10 Pfund	22 „
Prima Weinessig . . . Liter	30 „

2 Pakete Salizyl 15 Pfennig bei

Eduard Speck, Hüxstraße 80 u. 82.

Prima Schweinefleisch	à Pfd. 70 Pfg.	Geräucherte Mettwurst	à Pfd. 1 Mk.
- Queenfleisch	- - 65 -	Mortadella	- - 1 -
- Kalbfleisch	- - 60 -	Gekochte Mettwurst	- - 80 Pfg.
- Hammelfleisch	- - 80 -	Leberwurst	- - 80 -
- Gehacktes	- - 80 -	Braunschweiger	- - 60 -
- Flohmen	- - 65 -	Sülze	- - 60 -
- Karbonade	- - 90 -		

— ff. Aufschnitt. —

empfiehlt **Schlachterei und Wurstmacherei**

Julius Strohfeldt, Meierstraße 13.

Von anfang Oktober an: **Hansastraße 39 a.**

Filiale: Dornestraße 34 a. Markthallenstand 26.

Frisch eingetroffen grosser Posten

Leicht gedrückte Holländer Käse	Pfund	nur 85	Pfennig,
Vollfett-Käse, ganz besonders schön	„	„ 60	„
2 ächte grüne Kräuter-Käse		„ 15	„
Cornedbeef, saftig und mager	„	„ 90	„

1 Pfund beste Margarine 70 Pfg., 2 Pfd. 1.35 Mark

Eduard Speck, Hüxstraße 80 u. 82.

Bauarbeiter!

Ausflug nach Mölln am Sonntag, 25. August.

Abmarsch vom „Vereinshaus" mit Musik um 12½ Uhr mittags.

Abfahrt mit dem Zuge 1 Uhr 38 Minuten.

Fahrpreis Mk. 1.60. Fremdeneinführung gestattet.

NB. Ausgabe der Fahrkarten am Sonnabend abend von 7½ Uhr, Sonntag von 8 bis 9½ Uhr morgens im „Vereinshaus", Zimmer Nr. 2, am Bahnhof bis 1¼ Uhr.

Um rege Beteiligung ersucht

Das Komitee.

Billig zu verk. mehrere Sofas

Königstraße 28.

Ferienkolonien.

Rückkehr der Kinder von Travemünde am Sonnabend, den 24. August, abends 6 Uhr 46 Min.

Der Vorstand.

Empfehle diese Woche:

Prima fettes Queenfleisch, prima junges kernfettes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg., prima Kalbfleisch 55 u. 60 Pfg., Schweinefleisch 65 und 70 Pfg., Ia. Hammelfl. 75 Pfg.

Paul Boldt

Wahmstr. 22. Fernspr. 753.

E. BOY, Fischhandlung

Hüxstr. 30. Telefon 115.

Markthallenstand 46.

Morgen Sonnabend den ganzen Tag Fischkarbonade Pfund 40 Pfg. Rotzunge Pfund 40 Pfg., kleine Stück 5 Pfg., Rotbarsche Pfd. 15 Pfg. Lebend frische Seelachs in ganzen Fischen Pfund nur 10 Pfg., im Ausschnitt Pfund 12 Pfg. Bis Sonnabend tägl. von 7—12 Uhr Markthallenstand 46.

Arbeit.-Radfahr.-Verein Lübeck

Sonntag, den 25. August:

Tour nach Grönau.

Abfahrt 3 Uhr nachmittag vom Vereinshaus.

Arbeiter-Radfahrer-Verein

„Kehrwieder"

Groß-Grönau und Umgegend.

Einladung zum

Sommer-Vergnügen

verbunden mit Korsofahrt (4 Uhr), Preisschießen, Kunst- und Reigenfahren mit nachfolgendem Ball

am Sonntag, den 25. August 1907,

im Lokale des Herrn Gastwirt **J. Kemp in Groß-Grönau.**

Um 8 und 10 Uhr: **Auftreten des Kunstsaalfahrers G. Spetmann** n. 10jähr. Sohn

Das Komitee.

Verschiessen

von Schweinefleisch und Wurst am Sonntag, den 25. d. Mts.,

mit nachfolgender

Tanz-Musik.

Hierzu ladet ein

H. Frähmcke, Seeretz bei Schwartau.

Universum

Sonnabend und Sonntag:

Moderne Dienstboten

oder:

im Jahre Zweitausend (2000)

große Ausstattungskomödie.

Hansa-Theater

Heute Freitag, 23. August:

8. Tag der

II. gr. internat. Ringkampfkonkurrenz

ringen:

Derma, Polen	gegen	Felgenhauer, Berlin.
Stalling, Bremen.		Petlivan, Türkei
Hitzler, Deutschland.		Hansen, Dänemark.

Entscheidungskampf

Sabatier (Belgien) gegen **R. Raicevich** (Dalmatien)

Vorher: Spezialitäten-Teil.

Vorverkauf bei **Sager.**

Wilhelm-Theater.

Sonnabend. 8 Uhr. Außer Abonnem.

Jeder Platz 50 Pfg.

Letzte Aufführung der sensationellsten Neuheit der Gegenwart!

Raffles, der Amateur-Einbrecher.

Sonntag. 7 Uhr. 81. Abonn.-Vorstell.

Maxim Gorki's

Nachtasyl.

Szenen aus dem russischen Volksleben in 4 Akten. Deutsch von A. Scholz.

Montag. 7½ Uhr. Doppel-Vorstellung.

Im weißen Röß'l. Als ich wiederkam.

Stadthallen-Theater.

Direktion: **Ludwig Piorkowski.**

Sonnabend. 8 Uhr. 66. Abonn.-Vorstell.

Jeder Platz 50 Pfg.

Mit vollem Orchester.

Mein Leopold.

Volksstück mit Gesang in 5 Akten von L'Arronge.

Sonntag. 7 Uhr. 67. Abonn.-Vorst.

Große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen.

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Hierauf:

Der Dieb.

Schauspiel in 3 Akten von H. Bernstein.

Montag. Jeder Platz 50 Pfg.

Letztmalig: Alt-Heidelberg.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 196. Freitag, den 23. August 1907. 14. Jahrg.

7. Internationaler Sozialisten-Kongreß.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.")

C. B. Stuttgart, den 21. August 1907.

Frauenwahlrecht.

Singer führt den Vorsitz. Der Beratung liegt die von der Internationalen Frauenkonferenz beschlossene Resolution zu Grunde. Es wird beschlossen, zunächst eine Generaldiskussion stattfinden zu lassen.

Wibaut-Holland: Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Viktor Adler-Wien unterstützt diesen Antrag. Die ersten allgemeinen Erwägungen waren wohl für die Frauenkonferenz notwendig, weil sie zum ersten Male zusammengetreten war, aber sie sind nicht notwendig für den internationalen Kongreß. (Sehr richtig!) Ich schlage deshalb vor, die Resolution zu beginnen: „Der Internationale Sozialistenkongreß begrüßt mit größter Freude, daß zum ersten Male eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart zusammengetreten ist und erklärt sich mit den von ihr aufgestellten Forderungen solidarisch. (Bravo!) Insbesondere erklärt der Kongreß die sozialistischen Parteien aller Länder für verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen usw. Wir hatten eigentlich eine besondere Resolution vorbereitet, die durch irgend einen Zufall abhanden gekommen ist. Wir verzichten heute darauf, der Resolution der Frauenkonferenz eine andere entgegenzustellen, (Bravo!) halten aber doch eine Einfügung für notwendig. Dazu veranlaßt uns Folgendes: Wir verdanken den Erfolg des hinter uns liegenden Wahlrechtskampfes in erster Reihe dem Opfermut, der Disziplin, dem Verstand und der Hingabe unserer Genossinnen. (Lebh. Beifall.) Sie haben den Kampf mit uns geführt und haben mit uns gesiegt. Aber sie haben mehr getan. Sie haben sich den taktischen Notwendigkeiten dieses Kampfes freiwillig und selbstverständlich gefügt, sie haben das Verdienst, daß sie so viel politisches Verständnis für unsere Lage gehabt haben, daß sie uns den Kampf nicht erschwert, sondern erleichtert haben. Ich muß das betonen, denn ihre Situation war eine schwere. Die bürgerlichen Frauen, die mit Recht hier so verurteilt werden, haben Meetings für das Frauenwahlrecht in dem Moment abgehalten, wo das Männerwahlrecht noch sehr in Frage stand und forderten unsere Genossinnen zur Teilnahme auf. Unsere Genossinnen aber waren einsichtig genug, zu sagen: unser Platz ist an der Seite unserer Männer, wir haben nur eine gemeinsame proletarische Sache! (Bravo!) Nun kamen unsere Frauen hierher, sie standen vor der sozialistischen Öffentlichkeit weiblichen Geschlechts. Sie verlangen keine Anerkennung, aber sie verdienten es noch weniger, daß sie gerügt werden für ihr Verhalten, wie es geschehen ist von Genossinnen, deren Verdienste ich hoch schätze, die aber unsere österreichischen Verhältnisse absolut nicht kennen. (Unruhe.) Wir werden daher eine Einfügung beantragen, die dem Gedanken Ausdruck gibt, daß es den Organisationen der einzelnen Länder überlassen bleiben muß, den Augenblick und die Methode, in dem sie für das Frauenwahlrecht eintreten, zu bestimmen. (Bravo!)

Klara Zetkin: Ich kann zunächst im Einverständnis mit den Genossinnen Zietz und Ihrer erklären, daß wir uns auf den ersten Teil unserer Resolution nicht versteifen, der für die besonderen Zwecke der ersten internationalen Frauenkonferenz bestimmt war. Was das Verschwinden der österreichischen Resolution anlangt, so konstatiere ich, daß wir nichts damit zu tun gehabt haben. (Zustimmung der Österreicher.) Weiter erkläre ich, daß wir den Österreichern keine Rüge erteilt haben. Genosse Adler hat entweder die Verhandlungen nicht verfolgt oder derjenige, der ihm das gesagt hat, ist ein Lügner. Es ist ausdrücklich betont worden, daß die Resolution keinen schulmeisterlichen Tadel enthalten soll, sondern eine Richtschnur sei für das Verhalten bei künftigen Wahlrechtsproteſten. (Sehr richtig!) Wir haben in Frage gestellt, ob es wirklich notwendig war, das Wahlrecht der Frauen auszuschalten, und da ist es unser gutes Recht, anderer Meinung zu sein als Genosse Adler. Daß das Frauenwahlrecht in Österreich nicht nur aus der Aktion, sondern auch aus der Agitation verschwunden war, dafür berufe ich mich auf die Ausführungen der Genossin Adelheid Popp in den „Sozialistischen Monatsheften". Wir sind der Meinung, daß internationale Kongresse die Pflicht haben, feste prinzipielle Richtlinien zu beschließen. Sonst sinken sie herab auf das Niveau freundschaftlicher Zusammenkünfte und scheiden aus den Aktionsmitteln der internationalen Sozialdemokratie aus. Wir halten es nicht für eine Frage der Taktik, sondern des Prinzips, daß wir unsere Prinzipien stets aufrecht erhalten und sie nicht von vornherein kampflos ausscheiden lassen. (Bravo!)

Viktor Adler-Wien: Genossin Zetkin sagt mit Recht, der Kongreß hat die Prinzipien festzustellen, nach denen die Parteien vorzugehen haben, sonst hat er keine Berechtigung! Daher habe ich auch alles akzeptiert, was sie in ihrer Resolution prinzipiell fordert. Anders steht es mit der praktischen Durchführung der prinzipiellen Ziele. Wir halten es da für richtig, daß jedes Land nach seinem besten Wissen und Gewissen bestimmen und die Verantwortung dafür tragen soll, wie es den Kampf für die hier festgesetzten Prinzipien führt. (Sehr richtig!) Ich habe vorgeschlagen daß dies in einem besonderen Passus anerkannt wird. Wenn aber Genossin Zetkin meint, es sei besser, wenn dieser Zusatz nicht hineinkommt, so sage ich Ihnen, daß das an dem Verlauf der Dinge garnichts ändern wird. (Sehr richtig!) Nehmen Sie unseren Antrag an, so beweisen Sie damit, daß Sie soviel politisches Verständnis haben, um zu wissen, daß die politische Konstellation in jedem Lande ergibt, was in diesem Lande in einem bestimmten Moment möglich und wünschenswert ist. (Bravo!)

Boyer-Belgien wendet sich dagegen, daß eine fertige Resolution vorgelegt werde. Gestern habe man Feminismus gemacht, heute werde Sozialismus gemacht. Er legt eine Resolution vor, wonach in allen Ländern, wo das allgemeine Wahlrecht besteht, eine Ausdehnung auf die Frauen, und überall dort, wo es nicht besteht, das allgemeine Wahlrecht für alle Männer und Frauen zu verlangen ist.

Frau Dr. Pelletier-Paris wendet sich gegen den österreichischen Vorschlag. Nach ihrer Erfahrung werde es dann den Männern nie opportun erscheinen, das Frauenwahlrecht zu erkämpfen, die Frauen würden immer mit Sympathieerklärungen abgespeist werden. Sie protestiert dagegen, daß die Frauenkonferenz Feminismus getrieben habe, und schließt sich der Resolution Boyer an, die nach ihrer Meinung die Notwendigkeit des stufenweisen Vorgehens am besten präzisiere.

Adelheid Popp-Wien: Ich habe nicht nur in den „Sozialistischen Monatsheften" gesagt, daß von dem Frauenwahlrecht [illegible] werden sei, sondern habe dasselbe stets in den Kreisen der Genossen betont. Wenn die Genossen auch zehnmal mehr für das Frauenwahlrecht tun als heute, werden wir doch noch immer sagen, daß sie zu wenig tun. Genossin Zetkin meinte, eine Rüge wäre uns nicht erteilt worden. Tatsache ist doch aber, daß unser Verhalten mißbilligend kritisiert worden ist schon in Mannheim, wo mir leider das Wort zur Aufklärung verweigert wurde. Unseren Antrag können Sie ruhig annehmen. Wir sind der Meinung, daß es nicht Aufgabe der sozialistischen Frauen allein, sondern Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien ist, den Kampf um das Wahlrecht zu führen. Sehr fördern wir die Sache des Frauenwahlrechts, wenn die Kommission dem Kongreß vorschlagen würde, es sollen zu einer bestimmten Zeit in allen Ländern große Massenkundgebungen aller Sozialdemokraten für das Frauenwahlrecht stattfinden. (Bravo!)

Miß Keow-London unterstützt den Vorschlag der Holländer, nur die drei letzten Absätze der Resolution der deutschen Genossinnen anzunehmen. Sie konstatiert, daß den englischen Genossinnen fälschlich berichtet worden sei, die österreichischen Genossinnen seien von den österreichischen Genossen gezwungen worden, von dem Frauenwahlrecht abzustehen und sie freut sich, hier zu hören, daß die österreichischen Frauen mit dieser Taktik einverstanden waren. Die Rednerin schlägt schließlich folgenden Zusatz zu der Resolution vor: „Der Internationale Kongreß erkennt an, daß es nicht angebracht sei, für jedes Land die genaue Zeit anzugeben, wo ein Wahlrechtskampf anzufangen sei, erklärt jedoch, daß, wenn ein Kampf für das Wahlrecht geführt wird, er nur nach den sozialistischen Prinzipien geführt werden solle, also mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer." (Bravo!)

De Bakker-Belgien erklärt sich mit der Resolution Boyer einverstanden.

Klara Zetkin: Mir scheint, daß man verkennt, warum es sich eigentlich handelt. Wir wünschen nicht eine erneute Prinzipienerklärung für das Frauenwahlrecht, sondern es handelt sich für uns darum, einen Schritt vorwärts zur Verwirklichung des allgemeinen Frauenwahlrechts zu tun. (Bravo!) Die Frage ist, welcher Weg ist dazu zu beschreiten? Dabei sind wir der Meinung, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht nicht losgelöst werden kann von den Wahlrechtskämpfen des männlichen Proletariats. Wir wehren uns dagegen, daß aus taktischen Erwägungen das Frauenwahlrecht aus den jeweiligen Wahlrechtskämpfen ausgeschaltet wird. Natürlich sind wir nicht so politisch ungeschult, daß wir verlangen, daß die sozialistischen Parteien aller Länder in jedem Wahlrechtskampf unter allen Umständen aus der Forderung des Frauenwahlrechts den Grund- und Eckstein des Kampfes machen. Das wird von der historischen Entwickelung in den einzelnen Ländern abhängen. Wenn wir die Taktik kritisieren, die das Frauenwahlrecht von vornherein kampflos in die Tasche steckt, so verletzen wir damit nicht die Pflicht der internationalen Solidarität, die nicht darin besteht, daß wir alles loben und nachahmen, was eine Partei des Auslandes tut. Vor allem bitte ich Sie schließlich nochmals, auch die scharfe prinzipielle Ablehnung des beschränkten Frauenwahlrechts, die wir beantragt haben, anzunehmen. (Lebh. Beifall.)

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen. Die ausführlichen Eingangsabsätze der deutschen Resolution werden mit großer Mehrheit gestrichen, dagegen die von Viktor Adler vorgeschlagene kurze Einleitung einstimmig angenommen.

In der Spezialdiskussion nimmt zunächst das Wort

Miß Mac Millan, um das Verhalten der englischen Frauen zu rechtfertigen, die für das beschränkte Frauenwahlrecht eintreten. Die ihnen gemachten Vorwürfe seien unberechtigt. Frauen, die soviel Opfer für ihre Sache brächten, müsse man zugestehen, daß sie für ein hohes Ziel eintreten und dürfe nicht davon reden, daß sie sich den reichen Frauen verkauft hätten. Heir Hardie, der doch sicher für die Interessen des Proletariats eintrete, habe selbst betont, daß mit der Gewährung des von den englischen Frauen erstrebten kämen. [illegible] der Frauen das Wahlrecht be-

Mr. Shaw würde es für ein großes Unglück halten, wenn in irgend einem Lande ein beschränktes Wahlrecht angenommen würde. Nicht 80 Prozent, sondern 29 Prozent der Frauen würden in England bei Annahme des vorgelegten Gesetzes das Wahlrecht bekommen. (Widerspruch von Miß Mac Millan.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der angekündigte Abänderungsantrag Adler lautet: „Obwohl es den Parteiorganisationen in den einzelnen Staaten überlassen bleiben muß, den Augenblick zu bestimmen, in welchem in den Kampf gegen die spezielle Entrechtung der Frauen mit Erfolg eingetreten werden kann, erklärt es der Kongreß als Pflicht aller Parteiorganisationen, keine Unterbrechung in den Wahlrechtskämpfen eintreten zu lassen, bis das wirklich allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen errungen ist."

Dieser Antrag wird mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt, dagegen der Zusatzantrag Keow angenommen, ebenso die so veränderten drei Absätze der deutschen Resolution. Damit ist die Resolution Boyer erledigt.

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(26. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Lehrer bemerkte wohl den einsamen Mann auf dem Baumstamm, tat aber, als sehe er ihn nicht und wollte vorübergehen, offenbar nicht in der Stimmung, mit jemand Worte zu wechseln. Deshalb erhob Max sich rasch und trat auf ihn zu.

„Herr Weißbach, wenn ich nicht irre?" hub er freundlich an.

Der junge Mann blieb überrascht stehen.

„So heiße ich," entgegnete er kurz.

„Sie kennen mich wohl nicht mehr?"

Felix Weißbach sah ihm einige Augenblicke forschend ins Antlitz.

„Bedaure — kann mich nicht erinnern."

„Ich war früher oft oben bei Ihrem Vater — damals waren Sie freilich noch ein Knabe — Max Schröter —"

„Ah, Herr Schröter," rief der junge Mann betroffen. „Ganz recht, jetzt erkenne ich Sie. Richtig — ich hörte, daß Sie wieder hier seien. Freut mich, Sie einmal wieder zu begrüßen."

Er streckte dem Polizeibeamten die Hand entgegen, die dieser kräftig drückte.

„Und mich freut es auch, Sie so zufällig zu treffen," nickte Max freundlich. „Ich dachte schon gestern an Sie und beabsichtigte, Sie aufzusuchen."

„Warum?"

„Sie sollen es gleich hören. Haben Sie etwas Zeit?"

„Ich gehe spazieren."

„So gestatten Sie, daß ich mich Ihnen ein Weilchen anschließe?"

„Gern."

Sie schritten auf dem Wege, auf dem sie zusammengetroffen, langsam weiter.

„Das Thema, das ich anschlage, dürfte Ihnen vielleicht ein wenig indiskret erscheinen," begann Max nach einigem Zögern. „Ich werde Ihnen nachher sagen, weshalb ich es berühre. Sie haben eine schmerzliche Erfahrung hinter sich, hat man mir erzählt?"

Der Lehrer blickte düster vor sich hin.

„Warum soll ich es leugnen? In unserem Neste verbirgt sich nichts," warf er bitter auflachend hin.

„Sie waren im stillen verlobt mit Fräulein Schobler?"

„Ja."

„Und nun hat ein anderer sie Ihnen abspenstig gemacht?"

„Allerdings — aber —"

„Ich frage nicht aus müssiger Neugier. Der glückliche Bräutigam ist der Kellner ihres Vaters, Farnkoff?"

„Farnkoff, ganz recht."

„Aber das arme junge Mädchen liebt Sie? Man zwingt sie zu der Verbindung mit jenem Menschen?"

„So scheint es wenigstens."

Einige Minuten verflossen, ohne daß die beiden Männer das Gespräch fortsetzten. Endlich sagte Max: „Sie hegen kein Vertrauen zu mir?"

„Offengestanden, der Gegenstand ist mir peinlich. Ich kenne Sie ja von früher, Herr Schröter, aber — es liegen Jahre dazwischen — wir sind uns fremd geworden — auch begreife ich nicht, zu welchem Zwecke — Sie können unmöglich soviel Teilnahme für mich empfinden, um sich für mein Schicksal in so hohem Grade zu interessieren."

Max lächelte kaum merkbar.

„Anteil nehme ich gewiß auch an Ihnen — und auch an dem jungen Mädchen. Ich war neulich mit meinem Schwager und meiner Schwester bei Schobler — das arme Kind schien ganz aufgelöst, sie weinte und hätte wohl am liebsten ihr volles Herz in die Brust meiner Schwester ausgeschüttet, sofern sie nur Mut und Zeit dazu gefunden hätte!"

Die bisher in eisiger Zurückhaltung erstarrte Miene des unglücklichen Liebhabers begann zu leuchten wie unter dem Einflusse eines belebenden Strahls. Seine mürrisch gesenkten Augen richteten sich empor. Mit plötzlicher Lebhaftigkeit die Hand seines Begleiters erfassend, rief er gespannt:

„Sie haben einen Auftrag an mich?"

„Sie meinen von Fräulein Schobler?"

„Ja — ist es nicht der Fall?"

„Leider nicht. Sie haben wohl lange nicht mit ihr gesprochen?"

„Seit Wochen nicht. Ihr Vater und jener — Farnkoff bewachen sie wie eine Gefangene. Jeden freien Augenblick, den ich habe, schleiche ich um die Schenke herum, in der Hoffnung, sie nur ein Mal zu treffen, um mit ihr zu reden, aus ihrem Munde zu hören, ob sie mir aus freiem Antriebe oder etwa gezwungen den Brief schrieb, der unseren Bund so jählings zerbrach und alle meine süßen Hoffnungen vernichtete."

„So sind Sie sich darüber noch nicht klar? Sie zweifeln an ihr?"

„Wie kann ich anders? Und doch — ich — doch das gehört nicht hierher."

„Doch, das gehört hierher," fiel der Polizeibeamte lebhaft ein. „Wir kommen jetzt gerade auf den Punkt, der mich veranlaßte, Sie anzusprechen. Sie wissen, daß ihr Vater sie zwingt. Sie hegen gewiß eine Vermutung, weshalb es der Fall ist? Nicht so? Antworten Sie mir offen, vielleicht handeln Sie dadurch mehr in Ihrem Interesse, als Sie denken."

„Wie soll das möglich sein?"

„Ich war zufällig Zeuge einer auffälligen Szene, als ich neulich dort war — erst hinterher ist mir die Sache ein- und aufgefallen. An sich würde sie mir harmlos erschienen sein, wenn nicht andere Momente da wären, die ihr Bedeutung verliehen. Also heraus mit der Sprache: hegen Sie eine Vermutung in betreff der Gründe, die Schobler veranlassen können, das Schicksal und die Zukunft seiner Tochter einem Menschen anzuvertrauen, der hier fast fremd ist, der nichts besitzt und von dem man nicht einmal weiß, ob er ihrer würdig ist?"

Der junge Lehrer kämpfte mit sich selbst. Max war ihm, obwohl Jahre vergangen waren, seit er ihn nicht gesprochen, ein alter Bekannter, er achtete seine Familie, seine Schwester. Allein er könnte sich nicht enträtseln, was für Beweggründe ihn bestimmen möchten — und was er ihm eröffnen sollte, war im Grunde ein Geheimnis, das nicht für jedes Ohr bestimmt schien! Deshalb sagte er nach einigem Überlegen:

„Sie verlangen Offenheit von mir — zeigen Sie mir solche erst Ihrerseits! Sie haben einen bestimmten Zweck im Auge. Welcher ist es?"

Max blieb einen Augenblick stehen, wandte sich seinem Begleiter zu und sah ihm mit forschender Miene in die ehrlichen Augen.

„Nun wohl," zerriß er das Schweigen, das sich an die letzte Äußerung anschloß. „Sie sollen befriedigt werden! Ich brauche Bundesgenossen, wenn ich mein Ziel erreichen

Zur Referentin für das Plenum wird die Genossin Zetkin gewählt. Damit waren die Arbeiten der Kommission beendigt.

* * *

Kommission für Ein- und Auswanderung.

Stuttgart, 20. August 1907.

Der Vorsitzende Ellenbogen-Wien eröffnet die Sitzung und erteilt als erstem Redner das Wort dem Genossen

Kotsche-Rumänien: Es gibt zwei Arten von Einwanderungen, eine natürliche, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entspringt, und eine andere, nämlich die der Streikbrecher, die namentlich von den Regierungen und den Kapitalisten gefördert wird. Es gibt aber noch eine andere Form der Auswanderung, das ist diejenige, die von den Regierungen durch die Massenausweisungen verschuldet wird. In Rumänien sind mehr wie 400 000 Juden vollständig rechtlos. Jeder Polizist kann sie maßregeln. Redner geht auf Massenausweisungen der rumänischen Juden näher ein und namentlich der jüdischen Arbeiter, die oft über Nacht ohne jeden Heller aus dem Lande gejagd werden. Er fordert die Kommission auf, den sozialistischen Abgeordneten es zur Pflicht zu machen, in allen Parlamenten die Regierungen an solchen Massenausweisungen zu hindern.

Ellenbogen-Wien: Die Diskussion bewegt sich in zwei Richtungen. Die einen vertreten das Interesse des Einwanderungslandes, die anderen das der Auswanderer. Zwischen diesen beiden Ansichten scheint keine Versöhnung möglich. Dennoch läßt sich hoffentlich eine Einigung erzielen, wenn wir diesen Erscheinungen auf den Grund gehen. Ich bitte Sie aber, diese komplizierte Frage nicht noch mit anderen Fragen zu belasten, wie mit der Lage der Juden in Rumänien. Ein- und Auswanderung sind keine Fragen der Moral, sondern Fragen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Mittel, mit denen der Kapitalismus versucht, seine Profitrate zu erhöhen und die Löhne der Arbeiter zu drücken. Es ist daher die Aufgabe des Kongresses, diesen beiden Bestrebungen entgegenzutreten. Es handelt sich darum, die beiden oben angegebenen Standpunkte zu verbinden und in beiden Richtungen Vorsorge zu treffen. Ich glaube, daß dies am besten möglich ist, indem wir negativ vorgehen und alles ausschließen, was von vornherein für Sozialisten unannehmbar ist, wie z. B. alle Ausnahmegesetze und alle zünftlerischen Maßregeln. Genosse Hillquitt wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich seine Resolution wegen ihrer unklaren Fassung nicht akzeptieren kann. Wir sollten uns doch vor solchen Unterscheidungen hüten, wie „natürliche" und „unnatürliche" Emigration, da es sich dabei um Kautschukbestimmungen handelt. Wir haben aber auch eine Reihe positiver Maßnahmen, bei denen die Hauptaufgaben den Gewerkschaften zufallen. Sie sollen ihre Arme bis ins Auswanderungsland ausstrecken und im Mutterlande der Auswanderer Aufklärung verbreiten, wie dies die deutschen Gewerkschaften in Italien in musterhafter Weise getan haben. Sie müssen auch Streikbrecher-Exporte zu verhindern suchen. Vor allem aber müssen sich die Gewerkschaften des Einwanderungslandes bemühen, die Einwanderer zu sich herüberzuziehen, und ich muß es aufs höchste bedauern, daß viele amerikanische Gewerkschaften den Einwandernden den Eintritt erschweren. Eine zweite Reihe von Aufgaben liegt auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung. Dem Vorschlag Diners, den Minimallohn zu fordern, ist noch der des Maximalarbeitstages hinzuzufügen. Auch muß das Submissionswesen kontrolliert werden. Vor allem aber müssen wir eine genaue Kontrolle der Auswandererschiffe fordern. Schon dadurch würde die chinesische Einwanderung in der schlimmsten Form unmöglich werden, da bei Forderung gewisser Reisekleider wurde. Ich möchte das Problem so stellen, daß der Kapitalismus danach trachtet, seine Profitrate zu erhöhen, während wir sie erniedrigen möchten, um den Anteil der Arbeiter daran zu erhöhen. Ich will nicht durch Zitieren berühmter Sozialisten Ihren Beifall erringen, sondern weise ausdrücklich auf die Nüchternheit des Problems hin. (Beifall.)

Chyß-Bern stimmt den Ausführungen Ellenbogens zu und will sie nur ergänzen. Wir müssen vor allem die Herabsetzung der Lebensverhältnisse bekämpfen, einerlei ob diese herabgedrückt werden durch einheimische oder eingewanderte Arbeiter. Gar oft sind auch einheimische Arbeiter Streikbrecher. Der fremde Arbeiter, der mit uns für bessere Lebensbedingungen kämpft, steht uns näher als der einheimische Streikbrecher. Es muß vor allem das Herabdrücken der Löhne verhindert werden. Hier muß auch die Wohnungsgesetzgebung eingreifen. Denn die italienischen Arbeiter werden meist in den elenden Massenquartieren untergebracht, daß schon dadurch der Profit der Kapitalisten erhöht wird. Die Wohnungsgesetzgebung kann hier eingreifen und eine Reihe von hygienischen Maßregeln treffen, sowie einen den Lebensverhältnissen des Landes entsprechenden Komfort zu verlangen. Schließlich sind ein weitgehender Arbeiterschutz und eine gute Arbeiterversicherung nötig, wie für die Einheimischen so auch für die eingewanderten Arbeiter.

Kato-Japan: Als Vertreter der japanischen Sozialisten muß ich hier in einer ganz speziellen Frage das Wort ergreifen. Die Amerikaner haben uns aus Kalifornien ausgewiesen und begründen dies mit zwei Punkten: erstens daß die japanischen Arbeiter den Lohn und die Lebenslage der einheimischen Arbeiter herabdrückten, zweitens, daß sie ihnen die Arbeitsgelegenheit wegnähmen. Dagegen möchte ich einwenden, daß dies nicht nur die Japaner, sondern auch die Italiener, Slovaken, Juden usw. tun. Ich frage daher, warum man gerade die japanischen Arbeiter ausweist? Mir scheint es, daß hier die Rassenfrage eine Rolle spielt, daß die Amerikaner sich von der sogenannten gelben Gefahr leiten lassen. Die Geschichte der amerikanischen Nation bestätigt diese Anschauung. Eine weitere Ursache scheint mir zu sein, daß die amerikanischen Sozialisten ihren Arbeitern schmeicheln wollen. Die Japaner stehen ebenso unter der Fuchtel des Kapitalismus wie andere Völker, und nur bittere Not treibt sie aus ihrem Heimatlande hinaus, um in der Fremde ihr Brot zu suchen. Es ist die Pflicht der Sozialisten, diese armen Brüder bei sich aufzunehmen, sie zu schützen und mit ihnen zusammen den Kapitalismus zu bekämpfen. Die Begründer des Sozialismus, vor allem Karl Marx, haben sich nicht an einzelne Nationen gewendet, sondern an alle. Der Internationalismus ist auf unsere Fahnen geschrieben und es hieße dem Sozialismus ins Gesicht schlagen, wenn Sie die armen, ausgebeuteten Japaner ausschließen würden. (Lebh. anhaltender Beif.)

Dr. Julius Hammer-Vereinigte Staaten (Sozialistische Arbeiterpartei): Es gibt keinen Mittelweg in dieser Frage der Ein- und Auswanderung. Entweder muß man für eine Einschränkung der Einwanderung sein, oder eine solche energisch bekämpfen. Die Resolution Hillquitt ist ein Vermittelungsversuch. Er ist aber vollständig verfehlt. Redner bekämpft speziell den dritten Punkt der Hillquittschen Resolution, der eine eventuelle Beschränkung der Einwanderung chinesischer und japanischer Arbeiter vorsieht. Das ist durchaus unsozialistisch. Eine gesetzliche Beschränkung der Einwanderung muß verworfen werden. Auf gesetzgeberischem Wege, durch Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien kann für den Sozialismus nichts erreicht werden. Redner führt zahlreiche Beispiele an, wie der Rassenhaß in Amerika auch die Arbeiter verblende und zu Gewalttaten fortreiße. Die Japaner und Chinesen könnten sehr gut organisiert werden. Es sind keine so ungelernten Arbeiter, wie man wähnt. Sie lernen den Kapitalismus sehr wohl kennen und auch bekämpfen. Ich bitte Sie, in keine gesetzliche Einschränkung der Ein- und Auswanderung einzuwilligen. Wir müssen eine große Nation der Ausgebeuteten bilden.

Ein Antrag Vliegen-Holland auf Schluß der Generaldebatte wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag angenommen, die Zahl der Redner zu beschränken, und zwar auf je einen der Nationen, die noch nicht gesprochen haben.

Wytik-Galizien: Wir verfolgen die Debatte aus erklärlichen Gründen mit großem Interesse und sind Anhänger der vollen Freizügigkeit. Wir sind infolgedessen gegen die Resolutionen der Amerikaner und Australier und gegen den folgenden Absatz der Resolution Ellenbogen: „Ausschließung derjenigen gewerblichen Arbeiter von der Einwanderung, welche mit einem Unternehmer des Landes in einem Kontraktverhältnis stehen, ferner aller jener, welche die Reise auf fremde Kosten machen." Wir fordern, daß die Sozialisten ein besonderes Auskunftsbureau für Ein- und Auswanderung erlichten, welches den Strom der Auswandernden nach den natürlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage regelt und in Fällen von Streiks vor Zuzug warnt. Ich warne auch vor Annahme des Absatzes aus der Resolution des Bundes, der ein staatliches Auskunftsbureau fordert. Im übrigen bin ich für die Resolution Ellenbogen.

Marletzki-Polen erklärt sich für die französische Resolution, die die vollkommenste Freiheit der Ein- und Auswanderer fordert. Nicht mit Frasen von der allgemeinen Brüderschaft begründen wir die Ablehnung der amerikanischen Beschlüsse, sondern damit, daß wir garnicht imstande sind, diese im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft liegenden Verhältnisse wirksam zu bekämpfen. Sind aber die amerikanischen Arbeiter mächtig genug, die im Interesse ihrer Kapitalisten liegende Einwanderung billiger Arbeitskräfte zu verhindern, so sollten sie anstatt dessen für Minimallohn 2c. eintreten, für Gesetze, die auch den Einwandernden zu gute kämen. Ferner polemisiert der Redner gegen Hillquitt und führt die Aufnahmebestimmungen der Amerikaner auf die bürgerliche Ideologie des Rassenkampfes zurück.

Kahan-England erklärt im Namen der ganzen englischen Sektion, er wolle sich nicht in eine theoretische Diskussion einlassen, aber hervorheben müsse er, daß man doch nicht von den revolutionären Phrasen einer internationalen Brüderlichkeit reden könne. Das sei doch die Quintessenz des Sozialismus. Die Frage der Ein- und Auswanderung sei von zwei Gesichtspunkten aus zu prüfen. Wenn Hillquitt mit seiner Resolution etwa die Einschränkung der Einwanderung bewußter Streikbrecher verlangen wolle, dann sei auch er damit einverstanden. Wenn er aber die freiwillige Einwanderung der Arbeiter einschränken wolle, dann sei er entschieden dagegen, denn das wäre ein Attentat auf die Freiheit und Freizügigkeit der Arbeiter. Das wäre eine Anwendung bürgerlicher Erziehungsmethoden, die auf eine Spaltung des Proletariats hinzielen. Die Proletarier bildeten eine Klasse, die wir nicht innerlich spalten dürften. Wir müssen uns gegen die Rassenunterschiede erheben. Ich empfinde es als eine Schande, daß gerade aus England, dem Sitze der ältesten gewerkschaftlichen Bewegung, Streikbrecher nach Deutschland gegangen sind. Wir dürfen nicht zwischen höheren und minderwertigen Rassen unterscheiden. Die Japaner, deren Vertreter hier soeben mit soviel Kraft die Grundsätze des Sozialismus betont hat, und bei denen der Sozialismus so große und schnelle Fortschritte macht, die sind kein minderwertiges Volk, die können auch organisiert werden.

Valere-Italien schließt sich den Ausführungen Ellenbogens und Dieners an, und schildert die Verhältnisse im italienischen Auswandererwesen. Man dürfe nicht die Auswanderer bekämpfen, sondern die aus der Auswanderung hervorwachsenden Mißbräuche. Dem sind die italienische Partei und die Gewerkschaften stets nachgekommen. Wir sind gegen die Beschränkung der Auswanderung, weil wir wissen, daß die Hungerpeitsche, die hinter den Auswanderern steht, stärker ist als alle Gesetze der Regierungen.

Vliegen-Holland: Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit, können also keine so gefährlichen Konkurrenten sein. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßregeln sind, Amerika, Südafrika und Australien, solche sind, in denen im Verhältnis zu ihrer großen Ausdehnung noch wenig weiße Arbeiter sind. In diesen Ländern können noch viele Arbeiter Arbeit finden. Die Einwanderung hat Amerika nichts geschadet, denn gerade hier gibt es ja die höchsten Löhne. Wenn man alle Länder schließen würde, wo sollen denn da die Arbeiter hin? Das können wir Sozialisten unmöglich machen. Die Einwanderung soll frei sein. In Südamerika haben die Regierungen Einwanderer herbeigerufen, aber ihnen günstige Lebensbedingungen verschafft. Da, wo eine starke Einwanderung ist, da sind auch die Lohnverhältnisse besser als in den abgeschlossenen Ländern. Es ist noch gar nicht nachgewiesen, daß durch die Einwanderung die Löhne herabgedrückt werden, aber in den Ländern, wo die Auswanderung eine starke ist, da verbessern sich die Lohnverhältnisse für die bleibenden Arbeiter, wie in Holland, wo zahlreiche Landarbeiter ausgewandert sind, die zurückgebliebenen aber bessere Löhne errungen haben. In Amerika, da steht der Osten offen, aber der Westen, wo die Japaner und Chinesen einwandern, der ist abgeschlossen. Wenn da keine Rassenfrage dahinter steckt, was steckt denn dahinter? Zurzeit sind die Japaner sehr darüber aufgebracht, als minderwertige Rasse behandelt zu werden. Schon droht der Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten. Ich hoffe, sollte er ausbrechen, so wird es nicht wegen einer Arbeiterfrage sein. Ich muß noch die Frage der Einwanderung in die Kolonien behandeln. In den Bergwerken der holländischen Kolonien werden Chinesen beschäftigt, weil keine anderen Arbeiter da sind. Da haben nun die Sozialisten eingegriffen, in erster Linie van Kol, und haben für die Chinesen eine Reihe von Verbesserungen erlangt, namentlich den Zehnstundentag und bessere Wohnungsverhältnisse, hygienische Maßregeln usw. Dieses Vorgehen van Kols und der Holländer möge von den anderen Nationen, die ebenfalls Kolonien haben, nachgeahmt werden.

Drei Tendenzen sind hervorgetreten. Die erste findet ihren Ausdruck in den Resolutionen des Bundes, Ellenbogen und der Holländer, die zweite ist in der Resolution Hillquitt enthalten, die dritte ist die Tendenz der Polen, die die volle Freiheit von Ein- und Auswanderung verlangen. Ich beantrage, die Abstimmung über die Grundsätze und dann die Einsetzung einer Subkommission, der die Genossen ihr Material und ihre Resolutionen und Amendements übergeben werden, und deren Aufgabe sein wird, eine einheitliche Resolution zu verfassen.

Päplow-Deutschland: Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß Ein- und Auswanderung vollkommen frei sein soll. Wir unterstützen die Resolution Hillquitt, die wir für fast identisch mit den Resolutionen van Vliegen-Ellenbogen halten, und können keinen erheblichen Unterschied zwischen der Tendenz der drei Resolutionen erkennen. Redner

---

soll, und einen ehrenhaften Mann, wie Sie es sind, Herr Weißbach, kann ich ungefährdet ins Vertrauen ziehen. Wollen Sie mir Ihr Ehrenwort geben, mein Geheimnis niemand, selbst Ihren Eltern oder besten Freunden nicht, anzuvertrauen?"

Etwas erstaunt, aber bereitwillig gab Felix die begehrte Versicherung. Max eröffnete ihm darauf den wahren Charakter seines Aufenthalts im Städtchen, hinzufügend, daß er bereits eine Spur gefunden habe.

Mit weit aufgerissenen Augen starrte der Lehrer ihn an.

„Aber — Herr Schröter — Sie — Sie vermuten doch nicht etwa, daß ein Mann wie Schodler —" Er wagte nicht, den Satz zu vollenden.

„Ich vermute gar nichts. Ich spüre jedem Umstand nach, der mir einer Aufklärung zu bedürfen scheint. Ich habe den Musiker Lorcher Drohungen eigentümlicher Art gegen Schodler ausstoßen hören, ich erblickte diesen und jenen Farnkoff in tödlichster Verlegenheit, ja Angst und eifrig bemüht, den Schwätzer zum Schweigen zu bringen, ich beobachtete das seltsame Benehmen — doch das gehört nicht hierher." Er meinte das gezwungene Wesen, welches Georg gegen den Wirt der Bergschenke ganz im Gegensatz zu früher an den Tag gelegt, erachtete es jedoch für besser, in diesen Teil seiner Wahrnehmungen den jungen Mann nicht einzuweihen. „Dazu kommt diese merkwürdige Verlobungsgeschichte", fuhr er fort. „Ein Mann wie Schodler, der sich so großen Ansehens erfreut und zur Hautevolce unserer Stadt gerechnet wird, drängt seine Tochter zur Verbindung mit einem hergelaufenen Subjekt — ist das nicht nicht auffällig?"

„Ja, gewiß", stammelte Felix. „Und in der Tat —"

„Nun?"

„Gertrud hat mir, als ich das letztemal mit ihr sprach, auch vertraut, daß sie ihren Vater nicht fasse. Er habe Farnkoff erst gar nicht besonders leiden mögen und sei bereits die Rede davon gewesen, ihm wieder zu kündigen. Mit einem Schlage sei das anders geworden. Plötzlich zeigte er sich gegen den Menschen außergewöhnlich freundlich und beflissen und stürmte in sie, dessen Werbungen Gehör zu schenken. Sie sprach selbst die Vermutung aus, Farnkoff übe einen geheimnisvollen Einfluß auf ihren Vater aus — und keinen guten — nur — nur suchte ich nach einer anderen Erklärung hierfür."

„Wie erklärten Sie sich das Verhältnis?"

„Ich glaubte, Farnkoff sei vielleicht ein spiritistisches Medium und habe Schodler in seinen Ideenkreis gezogen."

„Auch das ist nicht unmöglich. Ich besitze noch keinerlei positive Stütze für meine Vermutungen. Ihre Mitteilung war für mich von hoher Bedeutung. Können Sie derselben noch weiteres hinzufügen? Wie Sie mir bekannten, führt Ihr Weg Sie oft hier herauf — bei Tag und bei Nacht", bemerkte Max lächelnd in Parenthese. „Vielleicht haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, die für mich von Interesse sind?"

Der Lehrer dachte nach.

„Ich habe allerdings manches Auffällige beobachtet, erwiderte er betroffen. „Nur habe ich das bisher in völlig anderer Weise erklärt. Ich habe einzelne Personen hier nachts heraufgehen sehen — und zwar heimlich heraufgehen, denn sie fürchteten offenbar bemerkt zu werden — deren Ziel meiner Annahme nach kein anderes als Schodlers Wirtschaft sein konnte."

„Ganz recht — diese Beobachtung ist auch die meinige. Haben Sie diese Personen oder eine derselben erkannt?"

„Leider nicht. Es war stets finster und ich befand mich nicht nahe genug."

„Schade. Wie haben Sie sich denn diese nächtlichen Gänge erklärt?"

„Ich glaubte, man hielte bei Schodler spiritistische Seancen ab."

„Wenn Sie damit recht hätten", meinte Max gedehnt, „so wäre ich allerdings gewaltig auf dem Holzwege. Indessen — doch lassen wir das. Tatsachen allein fallen hier ins Gewicht. Doch ich will Sie nicht länger aufhalten, lieber Herr Weißbach — haben Sie Dank für Ihr Vertrauen — und gefährden Sie meine Mission nicht durch eine Anspielung oder Mitteilung. Es fängt zu viel davon ab."

„Darüber können Sie völlig beruhigt sein", beteuerte Weißbach mit treuherzigem Händedruck und biederm Lächeln.

„Und wenn Sie, nachdem ich so Ihre Augen geschärft, etwas entdecken, was mir von Nutzen sein kann —"

„Sollen Sie es sofort erfahren", bekundete Felix seine Bereitwilligkeit. Noch einmal schüttelten die beiden neuen Freunde einander die Hände und trennten sich, der Lehrer, um seinen Spaziergang fortzusetzen, Max, um nach der Stadt zurückzukehren. Es drängte ihn, die erhaltenen Winke unverzüglich zu benutzen. Schon während er noch mit Felix sprach, war ein ganz neuer Plan in ihm aufgestiegen. Er mußte vor allem ergründen, wohin die Personen, die unter so seltsamen Umständen nach hier heraufstiegen, sich begaben und wer sie waren. Zu diesem Zwecke gedachte er vor allem Bentig zu belauern, zu ergründen, wie er seine Abende zubrachte. Wenn Bentig sich unter den Männern befand, die hier oben ihr nächtliches Ziel suchten, so war er sicher, sich in bezug auf die wahre Herkunft der falschen Goldstücke in Mohrings Hause nicht getäuscht zu haben, so stand auch fest, daß in der Umgebung der Bergschenke das Versteck der Falschmünzer zu suchen sein müsse. Ob Schodler an dem Verbrechen beteiligt war, stand freilich noch auf einem anderen Brette — war es jedoch auch der Fall, so durfte er nicht annehmen, daß die Verbrecher ihr Nest in der Bergschenke selber aufgeschlagen hatten — so töricht würden sie nicht sein, dazu war Schodler auch selber ein viel zu kluger und vorsichtiger Mann!

Mehrere Tage entwickelte Max eine ebenso eifrige als geheimnisvolle Tätigkeit. Seine Angehörigen bekamen ihn fast gar nicht zu Gesicht. Bald verließ er das Haus schon mit Sonnenaufgang, bald kehrte er erst kurz vor Aufgang der Sonne zurück. Und auch tagsüber war er fast immer abwesend. Seine Aufgabe war nicht leicht, er sollte sehen, ohne gesehen zu werden, doch Max besaß eine unermüdliche Geduld, unendliche Vorsicht und außerordentlichen Scharfsinn. Drei Tage blieb alles umsonst, obwohl er den Markthelfer wie sein Schatten umschlich, endlich, in der vierten Nacht, sah er seine Bemühungen von Erfolg gekrönt. Wie ein Dieb, der einen Einbruch beabsichtigt, drückte er sich in den Blätterzaun des Gartens neben der Wohnung Bentigs — die elfte Stunde mußte vorüber sein — der Markthelfer war vor einer Stunde bereits zurückgekehrt und hatte sich scheinbar zur Ruhe begeben.

Gerade dieses Moment erfüllte die Seele des Lauschers mit Hoffnung. An den drei vorhergehenden Abenden war Bentig, der ein regelmäßiger Wirtshausbesucher war, jedesmal sehr spät nach Hause gekommen. Heute erschien er merkwürdig zeitig — wenn er überhaupt zu denjenigen gehört, die ich verfolge, dachte Max, so werde ich ihn heute abend erwischen!

(Fortsetzung folgt.)

kommt dann auf die Ein- und Auswanderung in Deutschland zu sprechen und führt aus, daß die deutsche Regierung für umfangreiche Erdarbeiten den Massenimport ausländischer Arbeiter organisiert habe, ja sogar ihren Submittenten verbiete, inländische Arbeiter zu beschäftigen, um die Abwanderung aus der Landwirtschaft zu verhindern. (Unruhe.) Im gewissen Sinne bestehen in allen Ländern Beschränkungen der proletarischen Wanderung. So gibt es in Frankreich Bestimmungen, daß ein gewisser Prozentsatz aller öffentlichen Arbeiten von Inländern ausgeführt werden muß, und die französischen Genossen, die hier so eifrig für volle Bewegungsfreiheit eintreten, haben gewiß — und mit Recht — für solche Bestimmungen gestimmt. Wir sind gern bereit, fremde Einwanderer aufzunehmen, sie mit unserer Kultur zu erfüllen und von ihnen zu lernen; aber wir müssen uns gegen den Massenimport schützen. Auch wir stehen vor der Gefahr der Kulieinfuhr. Bei unseren großen Schiffahrtsgesellschaften hat es angefangen, in den Bergwerken und in der Landwirtschaft wird es weiter gehen. Redner kommt dann auf die italienische Einfuhr und ferner auf die Streikbrecherimporte aus England nach Hamburg und Rotterdam zu sprechen und bedauert auf das lebhafteste, daß dies in dem klassischen Gewerkschaftslande möglich gewesen sei. Daran sei aber die konservative Gesinnung der englischen Gewerkschaften schuld, die sich um das Lumpenproletariat nicht kümmern. Wir Deutschen können keine Resolution annehmen, die jede Beschränkung der Fluktuation ablehnt.

Gießer-Rußland: Es ist sehr schwer, bei dieser Frage zu einer taktischen Lösung zu gelangen. Man muß zwei Ein- und Auswanderungen unterscheiden, eine europäische und eine überseeische. Die erste ist weniger wichtig; hier kann durch die Einführung des Minimallohns geholfen werden. Dann muß noch unterschieden werden zwischen der Auswanderung, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entspringt, und der Auswanderung, die von den Kapitalisten betrieben wird. Das muß auseinandergehalten werden; es ist unmöglich, die erstere Aus- und Einwanderung zu beschränken, da der Kapitalismus doch immer die Mittel und Wege finden wird, die gesetzlichen Schranken zu umgehen. Auch die Gewerkschaften können hier nur mit wenig Erfolg eingreifen. Die Arbeiter haben die Pflicht, überall bessere Löhne zu fordern. Dann müssen wir noch eine strenge Kontrolle der Auswanderungsagenturen und der Schiffahrtsgesellschaften verlangen. Eine Einschränkung der Ein- und Auswanderung ist unmöglich. Die Freizügigkeit der Arbeiter muß gewahrt bleiben.

Der Antrag Vliegen auf Abstimmung über das Prinzip einer Resolution und auf Einsetzung einer Subkommission wird einstimmig angenommen. Ebenfalls wird einstimmig ein zweiter Antrag angenommen, daß die Amendements und sonstigen Resolutionen, die der ersteren nicht zuwiderlaufen, von der Subkommission geprüft und verarbeitet werden können. In die Subkommission werden gewählt: Ellenbogen, Vliegen, Schippel, Balabanoff und Diener-Dinnes.

* * *

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

C. B. Stuttgart, den 21. August 1907.

Nachmittagssitzung.

Südekum eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr und erteilt in der fortgesetzten Debatte das Wort dem Genossen

Ruffle-Smart (England): Die Resolution Herve paßt auf England überhaupt nicht; denn keine englische Regierung ist imstande, einen Krieg ohne die Zustimmung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterklasse zu führen. Wenn die Öffentlichkeit aber nationalistisch verhetzt ist, so wäre ein Militärstreik der reine Wahnsinn. Die englische Sozialdemokratie kann also im Kampfe gegen den Krieg unter keinen Umständen über die friedliche Aktion im Parlament und die friedliche Aktion in den Versammlungen und auf der Straße hinausgehen. Die englische Sektion kann den Ausführungen Jaures keinerlei praktische Bedeutung beimessen. Die englischen Sozialdemokraten würden bei einem neuen Kriege einfach genau so handeln, wie während des Transvaalkrieges. Sie lehnen es ab, etwas Gewaltsames zu inszenieren und sich dadurch lächerlich zu machen. Aber auch die französische und deutsche Resolution ist in der vorliegenden Form unannehmbar, weil sie die allgemeine Volksbewaffnung fordert. Die allgemeine Volksbewaffnung würde ein Fortschritt sein, wenn das Volk bereits militarisiert ist. Bei uns würde sie ein Rückschritt sein, weil unsere Bourgeoisie, die klüger ist als alle anderen, in unserer Arbeiterschaft jetzt eine Agitation für die allgemeine Wehrpflicht entfaltet. Daher müssen wir der Resolution auf das entschiedenste entgegentreten. Weiter aber: die englischen Soldaten schießen nicht auf das Volk. Das hat sich deutlich gezeigt bei den Streikunruhen in Belfast, wo es bei den Unruhen leider Tote gab, davon aber zwei nicht auf der Seite der Streikenden. Diese Zahl beweist, daß in England nicht auf das Volk, sondern in die Luft geschossen wird. Die englische Freiheit erlaubt uns, über diese Frage in gefahrlosester Weise zu sprechen. Wir müssen daher die Resolutionen sämtlich im Interesse Englands durch ein Amendement gegen die allgemeine Volksbewaffnung ergänzen. Das ist der Standpunkt der Independent Labour Party. (Beifall.)

Bebel: Die Debatte scheint mir im wesentlichen erschöpft. Ich schlage vor, eine Subkommission von 13 Mitgliedern zur Abfassung der Resolution einzusetzen, und zwar je zwei Vertreter der sechs großen Nationen, die in erster Linie bei einem Konflikt in Frage kämen, hineinzuwählen: Frankreich und Deutschland, England und Rußland, Italien und Österreich und als 13., zugleich als Vertreter der kleinen Nationen und als Schiedsgericht bei zweifelhaften Fragen Vandervelde. Jaures hat gestern einen guten Witz gemacht und dafür bin ich immer zugänglich, auch wenn ich selbst die Kosten des Witzes zahlen muß. Er hat gesagt, Herve und ich stimmten in der Überschätzung des Herveismus überein. Ich habe aber Herves Machtstellung in Frankreich überhaupt nicht diskutiert. Ich halte selbst die Anhängerschaft Herves für eine kleine Gruppe innerhalb der französischen Partei, obwohl der Parteitag von Nancy dem Genossen Herve eine Reihe von Konzessionen gemacht und obwohl gerade Sie, Genosse Jaures, ihm zuviel Rechnung getragen haben. (Widerspruch Jaures.) Nun, wenn das nicht richtig ist, würde es niemanden mehr freuen als mich. Ich habe den Herveismus so ausführlich besprochen, weil ich dem Genossen Herve nach den voraufgegangenen Zeitungspolemiken als höflicher Deutscher Gelegenheit geben wollte, mich anzugreifen. Herve hat die Deutschen nun etwas grob angegriffen. Darauf antworte ich nicht, weil man sich durch Grobheit nur selbst schadet. (Heiterkeit.) Wenn er uns aber Mangel an Mut vorgeworfen hat, so kennt er die deutsche Partei nicht. In keinem Lande, außer Rußland, wird die Sozialdemokratie soviel verfolgt und erleidet soviel Gefängnisstrafen, wie in Deutschland. (Vielfaches Sehr wahr!) In diesem Augenblick sitzen z. B. nicht weniger als drei Redakteure der „Leipziger Volkszeitung" im Gefängnis. Genosse Herve, in Deutschland wird man nicht nach ein paar Monaten begnadigt wie Sie! (Lebhafter Beifall.) In Deutschland begnadigt man politische Gefangene nie, und wir verlangen das auch nicht. (Sehr gut!) Herve hat von der deutschen Partei als einer bloßen Wahl- und Zahlmaschine gesprochen. Über das Wählen spreche ich nicht; denn das machen Sie genau wie wir. Was aber die guten Kassenverhältnisse anlangt, so habe ich sie bisher nicht für einen Fehler gehalten. (Südekum: Andere auch nicht!), sondern für eine nachahmenswerte Tugend. (Zustimmung.) Wir haben uns oft gefreut, mit unserer Zahlenmaschine von Zeit zu Zeit schwächeren Mitparteien der Internationale zu Hilfe kommen zu können. (Lebhafter Beifall. Jaures; Das wissen wir und danken Euch!) und wir hoffen in Zukunft als Zahlmaschine noch mehr leisten zu können. (Winarski: Wir nehmen es gern! Heiterkeit.) Ein anderer Vorwurf Herves ging dahin, daß wir bei dem drohenden Einmarsch der deutschen Truppen nach Frankreich unsere Schuldigkeit gegenüber der Internationale nicht getan hätten. Im Oktober 1905, als die russische Revolution ihren Höhepunkt erreicht hatte und selbst Pessimisten an eine sofortige grundlegende Umgestaltung des russischen Staatswesens glaubten, befürchtete auch die preußische Regierung das Übergreifen der Revolution auf Polen und verstärkte zu diesem Zweck die Grenzstationen des Ostens. Nur zu diesem Zweck. An ein militärisches Eingreifen in Rußland hat auch die deutsche Regierung nicht gedacht; denn die Erfahrungen von 1792 haben doch gezeigt, welchen Leidenschaftssturm das entfesseln würde. Dann wäre in dem Augenblick, wo das erste preußische Bataillon die Grenze überschritte, die Gefahr des Welt-Krieges in unmittelbare Nähe gerückt. Schließlich wäre auch der Zar, der doch gerettet werden sollte, dadurch vor seinem Volke auf das schlimmste kompromittiert worden. Unter diesen Umständen hatten wir damals keinen Grund, zu besonderen Maßnahmen. Herve hat weiter an eine meiner Amsterdamer Äußerungen erinnert. Es ist mir nie eingefallen, zu sagen, es sei uns gleichgültig, ob Republik oder Monarchie. Ich habe nur vor einer Überschätzung der bürgerlichen Republik gewarnt. Wenn ich die Wahl hätte zwischen der französischen Republik und der englischen Monarchie, ich weiß nicht, was ich nehmen würde. Wenn ich allerdings die Wahl hätte zwischen der deutschen Monarchie und der französischen Republik, ich würde keinen Augenblick zweifelhaft sein. (Heiterkeit und Beifall.) Ich wollte in Amsterdam nur sagen, daß wir uns wegen der bürgerlichen Republik nicht die Köpfe einzuschlagen brauchten. In der Sache hat es eine Zeitlang geschienen, als ob große und starke Differenzen zwischen uns beständen, als wolle sich Deutschland weigern, den Kampf gegen den Militarismus zu führen und sich seiner internationalen Verpflichtungen entledigen. Parteigenossen, das ist keinem von uns eingefallen, daran hat nie ein deutscher Parteigenosse gedacht. Wir haben bei der Behandlung der Frage des Militarismus auf früheren internationalen Kongressen uns auch stets mit der großen Mehrheit der Internationale zusammengefunden, und wir haben unseren Standpunkt nicht geändert. Dagegen haben unsere französischen Parteigenossen ihre Haltung geändert, indem sie Herve entgegenkamen und dadurch einen Zwiespalt hervorriefen. Glauben Sie, daß wir wissen, wie der Schlußsatz der Nancyer Resolution aufgefaßt werden würde. Um eines Nichts willen, von dem wir noch nicht einmal wissen, ob wir es im Ernstfalle durchführen können oder nicht, sind wir nicht gewillt, uns Verlegenheiten zu bereiten und die Kräfte unserer Bewegung in erheblichem Maße lahmzulegen. (Beifall.) Adler hat heute vormittag schon treffend die dialektische Entwicklung des Militarismus geschildert. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, sage ich, noch darüber hinaus, ist der Militarismus in seiner Entwicklung auf einem Standpunkt angelangt, von dem wir sagen können, daß die erste Gelegenheit seiner Anwendung dazu führen muß, daß die Quantität in die Qualität umschlägt und der Militarismus sich den Hals bricht. Unsere Beschlüsse werden dem Militarismus kein Haar krümmen, wenn nicht die Entwicklung, die der Militarismus in den letzten 40 Jahren genommen hätte, mit Notwendigkeit die Wurzeln seiner eigenen Existenz untergraben hätte. (Lachen bei den Herveisten.) Wir sind ja hier nicht dazu da, um zu wiederholen, was wir alltäglich in der Agitation sagen, die Scheußlichkeit und Verwerflichkeit des Militarismus und die Greuel der Kriege. Ich muß hier schildern, an welchen Punkten der Entwicklung finanziell, ökonomisch und militärisch der Militarismus angelangt ist. Ich zeige es an Deutschland, der ersten Militärmacht und Haupturheberin dieser ganzen Entwicklung. Nach dem Kriege von 1870 legten wir 120 Millionen von Euren (zu den Franzosen) 5 Milliarden in den Juliusturm und verpulverten, hauptsächlich für militärische Zwecke, binnen wenigen Jahren die ganze Kriegsentschädigung. Seitdem haben wir die Steuern erhöht, verdoppelt, ja verdreifacht, 4 Milliarden Mark Schulden gemacht und sind jetzt trotzdem so arm wie eine Kirchenmaus. Die gewaltige Summe von 120 Millionen ist in kaum drei Tagen aufgebraucht. Die mobilisierte Armee Deutschlands erfordert täglich mindestens 40 Millionen an Unterhalt. Im Kriegsfalle würde nach der Erklärung des Kriegsministers Deutschland alle waffenfähigen Männer sofort unter die Fahne rufen, das sind in Deutschland 6 Millionen Männer, darunter mindestens 2 Millionen Sozialdemokraten, in Frankreich 4½ Millionen Soldaten. Wo bekämen wir da noch Menschen für den Militärstreik her. 4 Millionen Familien wären in der höchsten Not; das ist schlimmer als jeder Generalstreik. Denket Euch die Situation, die Stimmung der Massen! Wir bekommen vom Ausland einen großen Teil unserer Nahrungsmittel; am Tage der Kriegserklärung bleibt ihre Zufuhr aus. Wir haben keine Industrieprodukte mehr zu kaufen, weil ein großer Teil der Produktion unmöglich geworden ist. Eine ungeheure Teurung und Hungersnot bricht aus. In den Massenschlachten der Gegenwart, so hat ein deutscher General gesagt, werden wir nicht wissen, wo wir die Verwundeten aufnehmen und die Toten begraben sollen. Und in solcher Situation sollen wir uns mit Massenstreikspielereien abgeben? Bei unserem ersten Aufruf dazu würden wir ausgelacht werden. Was kommen wird, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß es ein letzter Krieg sein wird, und daß dieser Krieg die ganze bürgerliche Gesellschaft auf's Spiel setzt. Bis dahin können wir nichts tun, als aufklären und Licht in die Köpfe bringen und organisieren. (Zuruf Herves: Tun wir!) Von einem gewissen Standpunkt aus könnte man als Sozialdemokrat sagen, daß ein großer europäischer Krieg unsere Sache so ungeheuer fördert, wie eine jahrzehntelange Agitation es nicht tut, und deshalb können wir ihn wünschen. Aber ein so furchtbares Mittel zur Erreichung unseres Zieles wollen wir nicht herbeiwünschen. Wenn allerdings die am meisten an der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft Interessierten nicht einsehen, daß sie mit einem solchen Kriege die Wurzeln ihrer Existenz ausreißen, können wir nichts tun, dann nur darauf los, wir sind die Erben! (Lebhafter Beifall, Lachen bei den Herveisten.) Aber wenn das die herrschenden Klassen nicht wüßten, hätten wir längst den europäischen Krieg gehabt. Nur die Furcht vor der Sozialdemokratie hat ihn bisher verhindert. (Sehr wahr!) Tritt aber einmal eine solche Situation ein, dann genügen solche Kleinigkeiten, wie Insurrektion und Massenstreik, nicht mehr, dann muß die Kulturwelt ihr Antlitz von Grund aus ändern. Von dieser Erkenntnis ausgehend, brauchen wir uns über die Mittelchen, die man in solchem Augenblick anwenden könnte, nicht zu streiten. Die deutsche Resolution sagt klar und deutlich, daß wir den Militarismus mit allen Mitteln bekämpfen. Noch können wir die Taktik nicht bestimmen, noch zwingen sie uns die Gegner auf. Aber erschütternde Ereignisse können unsere Minorität sofort in die Majorität verwandeln. Denn solange es eine Kulturwelt gibt, hat noch nie eine Parteibewegung die Massen so aufs tiefste ergriffen wie die Sozialdemokratie, noch nie eine Bewegung die verachteten Massen so mit dem Geiste der Vernunft und des Rechtes unserer Kultur erfüllt, wie wir, noch nie es so viel Menschen gegeben, die wußten, was sie in der Politik wollten. Halten wir weiter die Augen auf und sorgen wir für die Helligkeit der Köpfe, dann wird der rechte Moment auch das rechte Geschlecht finden! (Lebhafter und anhaltender Beifall.)

Weiß will für die italienischen Syndikalisten den Herveismus verteidigen, der in Italien eine gewaltige Anhängerschar und zahlreiche Märtyrer gewonnen habe. Herve und Jaures hätten nichts miteinander gemein; Herve wolle das Schwert der Bourgeoisie zerbrechen, Jaure die Bourgeoisie hindern, es aus der Scheide zu ziehen. Der Antimilitarismus Herves sei keine Utopie, das beweise das Verhalten des 17. Regiments und die Weigerung der italienischen Soldaten, künftig noch in Lohnkämpfen zu intervenieren. Das beweise auch die Verfolgung der Antimilitaristen durch die Justiz der herrschenden Klassen. Auch die russischen Revolutionäre, die Moskauer Barrikadenkämpfer seien Antimilitaristen im Sinne Herves: denn sie verpflanzen den Antimilitarismus in die Kaserne. Bebel habe die Bedeutung des Herveismus, der von Herves Person unabhängig sei, also nicht überschätzt. Freilich sei in Deutschland die antimilitaristische Agitation angesichts der drohenden Zuchthausstrafen sehr schwer. Aber wenigstens die Resolution Vaillant könnten die deutschen Sozialdemokraten annehmen. Ich muß meinen italienischen Genossen das Versprechen der deutschen Sozialdemokraten nach Hause bringen, daß sie die Nachbarländer nicht dem preußischen Militarismus ausliefern werden. (Bravo! bei den Herveisten.)

Jaures stellt zur Geschäftsordnung fest, daß er, wenn in der Subkommission keine Einigung zu stande komme, im Plenum Bebel auf seine Argumente antworten werde.

Vorsitzender Südekum bittet, sofort die Subkommission zu wählen.

Knudsen-Dänemark verlangt einen besonderen Vertreter für die drei skandinavischen Länder. — Das gleiche fordert Sigg für die Schweiz, um in der Kommission darzulegen, daß auch ein Milizheer nicht wünschenswert sei. (Zuruf: Ebenso wie in Amerika!) — Vaillant verlangt einen Sitz für die Polen, um Rosa Luxemburg einen Platz zu verschaffen. — Lenin bietet Rosa Luxemburg das eine Mandat für Rußland an. — Beschlossen wird also die von Bebel vorgeschlagene Subkommission mit je einem Sitz für Skandinavien und die Schweiz.

Gewählt werden Bebel und Vollmar für Deutschland, Dr. Adler und Skatulla für Österreich, Jaures und Guesde für Frankreich, Scheu und Smart für England, Ferri und Costa für Italien, Sigg für die Schweiz, Branting-Stockholm für Skandinavien, Rosa Luxemburg und Bystrenine für Rußland.

Die Sitzungen der Subkommission sind nicht öffentlich. Morgen 10 Uhr geht zunächst die Generaldebatte weiter, es sind noch sechs Redner eingezeichnet.

* * *

Die Kommission zur Beratung des Punktes „Der Militarismus und die internationalen Konflikte" setzte am Donnerstag unter dem Vorsitz Südekums ihre Verhandlungen fort. Als Übersetzer fungieren Dr. Lindemann, Frau Dr. Lindemann, Longuet und Dr. Südekum. Von den russischen und polnischen Delegierten Rosa Luxemburg, Lenin und Martoff sind folgende Änderungen zur Resolution Bebel beantragt worden:

1. Dem ersten Passus der Resolution Bebel ist folgende Fassung zu geben: „Der Kongreß bestätigt von neuem die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus." Folgt der erste Passus der Resolution Bebel und anschließend daran folgt der Zusatz: „Diese Kriege ergeben sich mit Naturnotwendigkeit und den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist."

2. Dem zweiten Passus der Bebelschen Resolution ist folgender Passus beizufügen: „Um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigentlichen Klassenaufgaben, sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzulenken."

3. Dem fünften Absatz der Bebelschen Resolution sollen die Worte folgen: „sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und systematisch mit Klassenbewußtsein erfüllt wird, sodaß die herrschenden Klassen es nicht wagen, sie als Werkzeuge für die Festigung ihrer Klassenherrschaft gegen das kämpfende Proletariat zu gebrauchen".

4. Dem letzten Passus der Bebelschen Resolution ist folgende Fassung zu geben: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.

v. Vollmar erklärt persönlich, daß er in seiner Rede die Liebknechtsche antimilitaristische Agitation mit keinem Worte angegriffen, ja Liebknechts Namen gar nicht genannt, sondern einfach konstatiert habe, daß drei deutsche Parteitage die besonders antimilitaristische Agitation abgelehnt hätten.

Branting-Stockholm: Wir müssen dem Vertreter des antipatriotischen Gedankens eigentlich dankbar sein, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, unsere vollkommene Einmütigkeit darüber zu zeigen, daß Nationalität und Internationalität keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen sind. (Sehr wahr!) Ich habe das Wort ergriffen, um Ihnen zu zeigen, daß vom Standpunkte der Kleinstaaten, die nach Lage und Größe als Militärmächte nicht in Betracht kommen, die Frage des Militarismus sich anders darstellt als von dem Gesichtspunkte der großen Militär-Staaten. Für die Klein-Staaten liegt angesichts ihrer militärischen Bedeutungslosigkeit die Idee nahe, ganz von den Rüstungen abzugehen und sich ganz mit der Förderung des kulturellen Fortschritts zu beschäftigen. So sind Norwegen und Dänemark zur Förderung der allgemeinen Volksentwaffnung statt der heutigen Volksbewaffnung gekommen. In Schweden liegt die Sache etwas anders. Gleichwohl erscheint es mir richtig, in der Resolution, wie in der von Zürich, die Abrüstung nicht als Teil des praktischen Aktionsprogramm aller Völker, wohl aber als Ziel aller Völker hinzustellen. Wir empfehlen weiter gemäß dem Antrag Rosa

Luxemburg: III. die Aufklärung der Jugend zu betreiben, damit sie nicht in blindem Kadavergehorsam dahinleben, sondern auch im Waffenrock sich bewußt bleiben, daß sie Bürger sind. Auch eine Empfehlung der Schiedsgerichte in der Resolution wäre angebracht. Wenn wir auch nicht alle Friedensworte der Herrschenden ernst zu nehmen brauchen, die Friedenskonferenz im Haag und die Schiedsgerichte sind doch schon eine Verbeugung vor der großen demokratischen Bewegung, vor dem Friedensstreben der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Scheu-London von der Socialdemokratic Federation sieht in der Volksbewaffnung für England mit seinem Söldnerheer nur einen humanitären Rückschritt. Gleichwohl würde er sie als demokratischen Fortschritt ansehen, wenn die Jugend nicht mit in den militärischen Drill eingezogen, sondern im Geiste des Antimilitarismus erzogen würde. Dann würde sie schon wissen, wann und wie sie später die Waffen zu gebrauchen habe. Im übrigen schließe er sich den Vorschlägen Brantings an.

Makowski-Rumänien verwirft eine besondere antimilitaristische Agitation, weil sie andere, dem Sozialismus fremde Elemente, an die Arbeiterklasse heranführt, und diese der Gefahr eines Rückschlages aussetzt. Die Meuterei des 17. Regiments oder die Erschießung rumänischer Offiziere durch ihre Soldaten habe mit der sozialdemokratischen Aufklärung gar nichts zu tun. Die Resolution der Franzosen sei nicht auf alle Staaten anwendbar. Die Insurrektion wäre in vielen Ländern einfach undurchführbar. Annehmbar sei allein die deutsche Resolution, in die allerdings am zweckmäßigsten nach dem Amendement Luxemburg eine stärkere Betonung der Notwendigkeit eines aktiven Handelns eingefügt werden müßte.

Costa-Italien: Ich spreche im Namen der Mehrheit der italienischen Partei und der Gewerkschaften. Wir lehnen die Resolution Herve ab, sie ist uns zu dogmatisch und einseitig. Wenn wir auch nicht Patrioten im bürgerlichen Sinne sind, so doch im besten sozialistischen Sinne. Wir können und wollen nicht auf die schönen und erhabenen Kulturschätze der Heimat verzichten. Aber auch die Resolution Bebel ist uns zu dogmatisch, denn sie ist weiter nichts als eine theoretische Prinzipienerklärung. Wir wünschen gegen die eminente Gefahr des Militarismus ein Aktionsprogramm, das uns zeigt, wie wir im Momente der Gefahr handeln sollen. Wir gebrauchen einen konkreten Beschluß, denn wir können nicht warten, bis der Militarismus mit dem Kapitalismus schwindet. Wir haben eine erfolgreiche antimilitaristische Agitation im Sinne der Resolution Jaures-Vaillant ohne alle bedenklichen Nebenerscheinungen für die Partei geführt, und so darf ich versprechen, daß wir italienischen Arbeiter mit den österreichischen Arbeitern stets brüderlich zusammenstehen werden.

Jeppenien-Norwegen: Wir bekämpfen jeden Militarismus, den kapitalistischen wie den sozialistischen. Jede Bewaffnung fördert den Kriegsgeist. Wir können daher nur ein Militärprogramm aufstellen, das die allgemeine Abrüstung ausspricht. Wir werden nur für eine solche Resolution stimmen, die diese Forderung enthält. Im übrigen sind wir mit der Resolution Bebel einverstanden.

Ein Amendement Smart von der Independent Labour Party verlangt in der Resolution Bebel die Streichung der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und eine Fassung, die die Erhaltung des englischen freiwilligen Heeres möglich macht.

Jonbelewski-Argentinien verlangt, daß die Resolution Jaures-Vaillant, der er im übrigen zustimmt, eine genaue Norm der Mittel gegen den Krieg gibt, die das Proletariat anwenden will und kann.

Frau Roland-Holst-Holland begründet das holländische Amendement. Die Holländer werden für die Resolution Bebel stimmen mit dem Amendement Rosa Luxemburg. Wenn sie das tun, so tun sie es nicht aus den Gründen, die Adler ausgeführt hat, und was das Amendement Luxemburg betrifft, auch nicht aus denen der Genossin Rosa Luxemburg. Der erwähnte Antimilitarismus hat seine Wurzel in kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Anschauungen. Der Grund, warum wir den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, liegt nicht im Auftreten Hervés, zu dem etwa durchaus Stellung genommen werden müßte, sondern in dem Wachstum der Sozialdemokratie in allen Ländern. Wir sind zu groß geworden, um sagen zu können, wir können nur protestieren, sonst nichts. Es ist Zeit, in einer neuen Resolution die neuen Anschauungen niederzulegen. Aber wir können heute noch nicht die letzten Mittel angeben. Auch wir Holländer sind Feinde einer dekorativen Politik und können daher nicht für die Resolution Jaures-Vaillant eintreten. Die Resolution, die wir eingebracht haben bezüglich eines gemeinsamen internationalen Vorgehens, bezieht sich nicht bloß auf den Ausbruch eines Krieges, sondern wir wollten damit anzeigen, daß das Proletariat in seiner wachsenden Macht immer gemeinsam vorgeht. Wenn wir die Resolution Bebel annehmen, stehen wir in übereinstimmung mit der Wissenschaft und gleichzeitig lassen wir der bürgerlichen Welt die dröhnenden Schritte des Proletariats hören. (Bravo!)

Carr-Amerika ist in übereinstimmung mit den englischen Delegierten gegen das Volksheer und für die Abrüstung. Sozialismus und Volksbewaffnung seien unvereinbare Begriffe. Der Krieg mit Spanien habe in Amerika den Blutdurst gestärkt und man schwärme jetzt dort nicht nur für eine große Flotte, sondern auch für ein großes Heer. Redner meint, daß weder die französische, noch die deutsche Resolution die militaristischen Neigungen bekämpft.

Rubanowitsch-Rußland kann die Resolution Bebel nicht annehmen, da sie bloß eine marxistische Prinzipien-Erklärung ist, die die vorliegende Frage nicht löst. Eher entspreche ihm die Resolution Luxemburg.

Damit waren die Arbeiten der Hauptkommission beendet. Die Subkommission tritt am Nachmittag zusammen. Die Hauptkommission tagt erneut am Freitag, um die Beschlüsse der Subkommission entgegenzunehmen.

* * *

Partei und Gewerkschaft.

Stuttgart, 21. August.

In der Mittwochssitzung der Kommission für die Frage von Partei und Gewerkschaft wurde die Debatte fortgesetzt.

Rubanowitsch-Rußland: In Rußland werben alle sozialistischen Parteien für die Gewerkschaften. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften muß sein, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Partei andererseits muß es verstehen, die Massen durch ihre politischen Ziele an sich zu ziehen.

Lindeblatt-Newyork schildert das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei in Amerika. Es mag sein, daß, nachdem wir ein Wahlrecht bekommen haben und eine parlamentarische Tätigkeit deshalb entfalten können, eine gewisse Trennung von Partei und Gewerkschaften Platz greift. Es sei zu hoffen, daß die französischen Genossen weniger mit der Frage des Generalstreiks herumwerfen und sich mehr wie die Deutschen mit der Stärkung ihrer Organisationen befassen.

Nemec-Böhmen tritt für die Resolution Beer ein.

Frau Faß-Schweiz wünscht eine entschiedenere Stellungnahme gegen die anarchistischen und zünftlerischen Gewerkschaften. Diesem Verlangen entspreche die Resolution Leone. Die Resolution Beer sei ein Kompromiß das sie in einer so wichtigen Frage nicht verstehe.

Plechanow: Die Russen sind hier wie in allen anderen Fragen verschiedener Meinung. Für Westeuropa mögen die vorliegenden Resolutionen zu empfehlen sein, aber nicht für Rußland. In Rußland gibt es revolutionäre Organisationen. Mit welcher sollen die Gewerkschaften in Verbindung treten? Es wäre zu hoffen, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auch die Einheit der politischen Bewegung herbeiführt. Wir haben in Rußland 243 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Das Hineintragen von politischen Differenzen würde nicht förderlich sein.

Auf die Anfrage eines belgischen Delegierten, wie in der Resolution Beer die innige Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften zu verstehen sei, wird unter allgemeiner Zustimmung erklärt, daß damit nicht die Verpflichtung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausgesprochen sein solle, der Sozialdemokratie anzugehören.

Renaudel-Paris ist gegen die Resolution Beer. Die Befolgung würde in Frankreich der gewerkschaftlichen Aktion schweren Schaden zufügen.

Delore spricht im Namen der französischen Minorität seine Zustimmung zur Resolution Beer aus.

Damit schließt die Debatte. In der Abstimmung werden einige Änderungen zur Resolution Beer angenommen, die aber eine grundsätzliche Änderung nicht zu bedeuten haben. Die Richtung Renaudel will eine Erklärung der französischen Genossen angenommen wissen, wonach eine Zustimmung zur Resolution in Frankreich gegenwärtig nicht möglich ist, obwohl man mit der Tendenz der Resolution einverstanden sei. Sie würde eine Verständigung von Partei und Gewerkschaften in Frankreich gegenwärtig erschweren. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und die Resolution Beer sodann mit 7 Stimmen angenommen.

Damit waren die Arbeiten dieser Kommission erledigt.

Soziales und Parteileben.

Zur Generalaussperrung der Stettiner Konfektionsschneider. Die Aussperrung dauert fort. So wollen es diejenigen Arbeitgeber, deren Kapitalskraft es gestattet, sich die geschäftsschädigende Produktionsstörung zu leisten. In einer Arbeitgebersitzung wurde dieser Beschluß gegen eine starke Minderheit, der vorwiegend die kleineren Konfektionäre angehören, beschlossen. Die Leitung der Ausgesperrten ist inzwischen nicht untätig gewesen. In einer großen von den Wahlvereinen Stettin und Randow-Greifenhagen und des Gewerkschaftskartells einberufenen Versammlung wurde der Boykott über fünf Firmen verhängt, die als offene Ladengeschäfte sich der Aussperrung angeschlossen haben. Daß die Arbeitseinstellung den Konfektionären sehr ungelegen kam, beweist der Umstand, das sie versuchen, Arbeit auswärts — besonders in Berlin und Hamburg — herstellen zu lassen. Hoffentlich wird das durch die Aufmerksamkeit der Organisation verhindert. Die Stimmung unter den Ausgesperrten ist eine sehr gute. Die beteiligten Organisationen können über eine erfreuliche Zunahme ihrer Mitgliederzahlen berichten.

Ein neuer Tarifvertrag zwischen Zentralverband der Bäcker und Zentralverband der Konsumvereine. Auf dem Düsseldorfer Genossenschaftstage scheiterte bekanntlich der Abschluß eines neuen Tarifs zwischen den beiden Verbänden daran, daß der Genossenschaftstag einige sächsische Abänderungsanträge zu dem Tarif annahm, die dem Bäckerverband unannehmbar schienen. Auf Anregung des Sekretärs und des Vorstandes des Zentralverbandes der Konsumvereine wurde in einer Sonderverhandlung jedoch sofort ein Kompromiß abgeschlossen, das dann bei den einzelnen Konsumvereinen, die Bäckerei haben, zur schriftlichen Urabstimmung gebracht werden sollte. Das ist jetzt geschehen. Von den 247 Konsumvereinen, die an der Abstimmung beteiligt waren, stimmten 216 mit ja, 8 mit nein und 23 Vereine enthielten sich der Abstimmung. Das Kompromiß geht dahin, daß die Konsumvereine nur vom Arbeitsnachweis des Bäckerverbandes Arbeitskräfte beziehen wollen, der Bäckerverband aber auf Bestimmungen über die Anstellung von Backmeistern verzichtet. Der Tarif ist somit abgeschlossen und gilt bis zum nächsten Genossenschaftstag.

Eine neue Organisation. Die Schäfer von München und Umgegend haben sich zu einer Organisation zusammengetan und sich dem Fabrikarbeiterverband angegliedert. Gleichzeitig beschlossen sie, in eine Lohnbewegung einzutreten. Seither wurde ein Wochenlohn von 5—7 Mk. und eine Entschädigung von täglich 1,50 Mk. für den Unterhalt bezahlt. Dafür hat der Schäfer auch für den Unterhalt seines Hundes, den er aus eigenen Mitteln anzuschaffen hat, aufzukommen. In Zukunft sollen verlangt werden 9 Mk. Wochenlohn ohne Abzug der Kassenbeiträge, 2 Mk. Kostgeld pro Tag und für jedes verkaufte Schaf wie bisher 20 Pf., wobei monatlich abgerechnet werden soll.

Vom Hafenarbeiterausstand in Antwerpen. Die Reeder haben einen Vergleichsvorschlag gemacht, der aber so belanglos ist, daß das Zentralkomitee der Hafenarbeiter ihn für unannehmbar erklärte, und die Arbeiter in einer Versammlung am Montag Vormittag diese Ansicht billigten. Die Arbeiter haben, wie der „Frankf. Ztg." telegraphiert wird, den Reedern folgende Gegenvorschläge gemacht: Zahlung von 5½ Franken; Ernennung einer Kommission von je zwei Arbeitern und zwei Reedern zum Zwecke einer Enquete in Rotterdam; eventuelle Lohnerhöhung seitens der Federation; maritime Rückwirkung dieser Erhöhung vom Dienstag ab, wo die Aufnahme der Arbeit erfolgen soll; schriftliche Bestätigung der Bedingungen durch jeden Reeder; Rücksendung der Engländer; Zusammenkunft von Arbeitern und Reedern in Gegenwart des Bürgermeisters. Die Federation Maritime, das ist die Organisation der Reeder, entschied nach zweistündiger Diskussion, den Vorschlag der Arbeiter zurückzuweisen unter dem Vorwand, nicht mit dem Bund „Willen is Kunnen" verhandeln zu wollen, als Urheber dieser Vorschläge. Die Stauer-Patrone lassen in übereinstimmung mit der Reeder-Federation infolgedessen folgende Plakate aushängen: Ab 20. August wird im Hafen kein Arbeiter engagiert, der nicht untenstehenden Lohntarif für die Ladung der Schiffe annimmt; Stauarbeiter im Schiffsraum 5 Frks. täglich, Zwischenarbeiter 5 bis 5½ Frks. nach Leistung. Arbeiter, die die Waren an die Kais bringen, 5 Frks. Für Schiffsablader verschiedener Güter 5 Frks. Hiermit wäre für die streikenden Holz- und Getreideauslader die Aussperrung angesagt. Der Hafen ist mit Schiffen überfüllt. Infolge Reparatur der Zwischenschleuse Kattendyk, die alle großen Schiffe passieren müssen, mußte der Betrieb vier Tage ruhen. Das hat die Kalamität noch größer gemacht.

Zum Essener Parteitag. Die Wohnungs-Kommission des Essener Parteitages richtet an die Parteidelegierten die Bitte, sich umgehend anzumelden im Interesse einer rechtzeitigen und passenden Wohnungsbeschaffung. Die Delegierten wollen ihre speziellen Wünsche gleich beifügen. Zu bemerken ist, daß Essen als teures Pflaster gilt. Trotz aller Bemühungen hat die Wohnungskommission ca. 170 Logis in der Preislage von 3 bis 4 Mark täglich inkl. Frühstück festlegen müssen. Zu und unter 2 Mark sind nur verschwindend wenig Logis vorhanden. Die Delegierten der finanzkräftigen Wahlkreise müssen ausnahmslos in den teuren Logis untergebracht werden. Die Wohnungskommission betrachtet es als ihre Pflicht, rechtzeitig auf diese Tatsache zu verweisen, damit die Diätenfrage dementsprechend geregelt werden kann.

Die Meldungen sind zu richten an

Franz Gemoll, Essen (Ruhr),
Kastanienalle 70.

Aus Nah und Fern.

Pilzvergiftung. In Posen sind vier Familien infolge des Genusses giftiger Pilze schwer erkrankt. Bis jetzt sind ein 3jähriger Knabe, ein 53jähriger Mann und eine 60jähr. Frau im Stadtkrankenhause gestorben. Mehrere von den übrigen schweben in Lebensgefahr.

Vergiftet. In Lüttich erkrankte in einer Gastwirtschaft nach der Einnahme des Abendessens ein Ehepaar unter Vergiftungserscheinungen und starb auf dem Transport nach Hause.

Mord. Aus Calw wird gemeldet: Seit neun Tagen wird der siebenjährige Pflegesohn eines Gasthofbesitzers vermißt. Vorgestern mittag wurde seine Leiche in einem verschlossenen Koffer auf dem Bühnenraum entdeckt. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Schweres Schiffsunglück. Nach einer Meldung aus Konstantinopel kenterte das griechische Schiff „Lycaviges" im Schwarzen Meer bei der Einfahrt in den Bosporus infolge einer Kesselexplosion. Ein Teil der Mannschaft und einige Passagiere sind ertrunken. Die Zahl der Opfer beträgt angeblich dreißig.

Cholera in Rußland. Wie aus Petersburg telegraphiert wird, sind in Sawara 10 und in Astrachan 11 neue Cholerafälle vorgekommen. In den Dörfern längs der Wolga greift die Epidemie um sich. Mit Rücksicht auf eine vergrößerte Gefahr in Pensa, Twer und den Hafenorten sind besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Das Eheexamen. Aus New-Orleans wird gemeldet: Den heiratslustigen Amerikanerinnen droht ein fürchterliches Schicksal. Sie sollen künftighin nicht mehr ohne Kontrolle in den Ehestand hineinflirten, ein hochnotpeinliches Examen sollen sie vorher ablegen und beweisen, daß sie den Pflichten des Mutterberufes auch wirklich gewachsen sind. Und wer von ihnen das zu fordern wagt, das ist kein idealistischer Schwärmer, sondern ein Mann der amerikanischen Wissenschaft, ein offizieller Beamter gar. Dr. C. H. Irion vom Gesundheitsamt, der in einer seiner Vorlesungen diese Forderung energisch erhoben hat. 90 von 100 aller Verbrechen in der Welt verschulden die Frauen, sagte Dr. Irion; und nur dadurch, daß sie so miserabel kochen. Unter 100 Frauen weiß nicht eine ein Kind richtig zu ernähren, und 75 Proz. aller Kinder, die unter fünf Jahren sterben, fallen als Opfer von Leiden, die verhindert werden könnten. Und darum sollen sie künftig ins Mutterexamen steigen die — heiratsfähigen Töchter der neuen Welt.

Bill Pinkerton, der bekannte Chef des amerikanischen Detektivbureaus gleichen Namens, ist auf der Reise von New York nach Europa an Bord des Nordd. Lloyddampfers „Bremen" gestorben. Die Leiche wird, wie der „New York Herald" berichtet, nach Amerika überführt werden. William Allen Pinkerton stammte aus Dundee in Illinois und genoß in Amerika den Ruf eines zweiten „Sherlock Holmes".

Literarisches.

„Von der Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 46. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die preußische Wahlrechtsfrage. — Der Internationale Kongreß in Stuttgart. — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die Demokratische Partei. Von L. B. Boudin (Newyork). (Schluß.) — Literarische Rundschau: Klara Zetkin, Zur Frage des Frauenwahlrechtes. Von K. K. Parvus, Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch. Von r. h. Emma Adler, Jane Welsh Carlyle. Von F. M. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 17 des 17. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die internationalen Tagungen zu Stuttgart. — Von der Heimarbeit. II. Von Gustav Hoch. — Eine sozialistische Enquete über die sofortige Einführung des Frauenwahlrechtes. (Schluß.) — Die Mitarbeit der Frauen in der Armen- und Waisenpflege Hamburgs. Von Emil Fischer. — Freie Arbeiterinnen oder Sklaven? Von Heiden. — Die erste Konferenz organisierter Arbeiterinnen in den Vereinigten Staaten. Von Hebe. — Resolution zur Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen, das Frauenwahlrecht betreffend. — Aus der Bewegung: Ausländische weibliche Delegierte zur Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Stuttgart. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahres- und Tätigkeitsberichte der Genossinnen von Mülheim a. Ruhr, Gera-Debschwitz und Fürth. — Der Vormarsch der sächsischen Genossinnen. — Die Kinderschutzkommission der sozialdemokratischen Frauen Leipzigs. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der Kampf der Käsereiarbeiter um ihr Organisationsrecht. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Quittung. — Feuilleton: Seid gegrüßt. Von Ada Negri. (Gedicht.) — Vor dem Angesicht des Lebens. Von Maxim Gorki. — Aus „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua". Von Friedrich Schiller. Für unsere Mütter und Hausfrauen: Entschluß. Von Josef Freiherrn v. Eichendorff. (Gedicht.) — Die Entwicklung des Gedächtnisses beim Kinde. Von M. H. Baege. — Mein Fluß. Von Eduard Mörike. (Gedicht.) — Die Ernährung des neugeborenen Kindes. Von Hanna Dorsch. — Die Zeit geht nicht. Von Gottfried Keller. (Gedicht.) — Betrachtungen einer Mutter. Von Klara Wehmann. — Für die Hausfrau. — Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.